



# Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung .....	4
2.	Ein geschichtlicher Überblick: Die Zeit vor und nach der Bundestagswahl 1998.....	6
2.1	Catch-All-Parteien in Zeiten gesellschaftlicher Diversifizierung .....	6
2.2	Die Politik des dritten Weges.....	8
2.3	Die Bundestagswahl 1998 – ein prekäres Wahlergebnis .....	10
2.4	1998 – 2005: Die Agenda 2010 als umstrittenes Reformprojekt .....	11
2.5	Die zweite große Koalition (2005 – 2009).....	11
2.6	Die Bundestagswahl 2009 bis zur Bundestagswahl 2013 .....	12
2.7	Zusammenfassung .....	14
3.	Stand der Literatur und Forschungslücke.....	14
4.	Theorie .....	15
4.1	Liberalisierung und Responsivität.....	16
4.2	Mitte-Theorie .....	18
4.3	Insider-Outsider-Theorie .....	21
5.	Das methodische Vorgehen.....	22
5.1	Darstellung und Diskussion der Methode .....	22
5.2	Auswahl des Datenmaterials .....	26
6.	Liberalisierungstheorie.....	26
6.1	Methodik .....	26
6.1.2	Hypothesen.....	27
6.1.3	Variablen und Vorgehensweise.....	27
6.2	Auswertung .....	28
7.	Mitte-Theorie .....	34
7.1	Methodik .....	34
7.1.1	Hypothesen.....	34
7.1.2	Variablen und Vorgehensweise.....	35

7.2 Auswertung .....	37
8. Insider-Outsider-Theorie .....	40
8.1 Methodik .....	40
8.1.1 Hypothesen.....	40
8.1.2 Variablen und Vorgehensweise.....	40
8.2 Auswertung .....	41
8.2.1 Arbeitslose.....	41
8.2.1 Teilzeit-Beschäftigte .....	43
8.2.2 Arbeitslose und Teilzeit-Beschäftigte im Vergleich .....	44
9. Abschließender Vergleich aller Gruppen .....	46
10. Fazit.....	49
11. Literatur.....	51

## Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1: Wahlergebnisse der SPD bei den Bundestagswahlen von 1969 bis 1998 .....	6
Abbildung 2: Wahlverhalten von technischen Arbeitern .....	29
Abbildung 3: Wahlverhalten von Professionals und Industriearbeitern .....	30
Abbildung 4: Wahlverhalten von Wählern aus der Mitte. ....	37
Abbildung 5: Wahlverhalten von Arbeitslosen .....	42
Abbildung 6: Wahlverhalten von Teilzeitbeschäftigten.....	44

## Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1: Achtgliedriges Klassenschema nach Oesch .....	28
Tabelle 2: Links-Rechts-Einschätzung technischer Arbeiter und der Gesamtheit.....	32
Tabelle 3: 16-gliedriges Klassenschema nach Oesch.....	36
Tabelle 4: Links-Rechts-Einschätzung von Personen der Mitte .....	39
Tabelle 5: Einfluss des Insider-Outsider Status auf die Wahrscheinlichkeit SPD zu wählen..	45
Tabelle 6: Rückgang der SPD-Wahlwahrscheinlichkeit bei allen Untersuchungsgruppen .....	48

# 1. Einleitung

Ganz am Anfang steht die Hoffnung. Über die Jahre sind eine Vielzahl Artikel und Bücher zur Krise der Sozialdemokratie geschrieben worden (Siehe u.A. Egle 2009; Heise 2003; Luxemburg 1915; Nachtwey 2019; Reinhardt 2011; Merkel 1990) doch die SPD besteht noch immer. Allein schon dieser Fakt sollte den politischen Beobachter<sup>1</sup> vorsichtig werden und ihn von Titeln wie dem dieser Arbeit absehen lassen. Die SPD hat ganz offensichtlich ein großes Potential Krisen abzuwenden und ihr eigenes Überleben zu sichern.

Andererseits scheint es aber durchaus angebracht, gerade heute von einer Krise der Sozialdemokratie zu sprechen. Im Juli 2019 stand die SPD bei der Sonntagsfrage des SPD Politbarometers bei 13 Prozentpunkten (Forschungsgruppe Wahlen 2019) und wäre damit nur noch drittstärkste Kraft im Bundestag, bei der Bundestagswahl 2017 erhielt sie mit immerhin noch 20 Prozentpunkten ihr bisher schlechtestes Wahlergebnis (Bundeswahlleiter).

Es ist eindeutig, dass die SPD sich in einer schwierigen Situation befindet und angesichts dessen, dass sich die Wahlergebnisse der SPD im Zeitraum von 1998 bis 2017 de facto halbiert haben, kann definitiv von einer Krise gesprochen werden. Deutlich weniger offensichtlich ist, wie diese Entwicklung zustande kam. So betont Heiko Maas (SPD), seine Partei müsse vor allem erreichte „Erfolge selbstbewusst verkaufen“ (ZDF Heute Journal 05.11.2018). Dies impliziert, dass die SPD durchaus ihre Agenda umsetzt, aber dabei nicht hinreichend wahrgenommen wird. Auf der inhaltlichen Ebene wird dagegen oftmals argumentiert, die CDU sei nach links gewandert und würde so der SPD Wähler der Mitte streitig machen (Seils 03.06.2013; Decker 2013: 326; Nachtwey 2019). Ein weiterer Erklärungsversuch besagt, die SPD hätte vor allem ihre klassischen Stammwähler mit der Agenda 2010 und einer neoliberalen Politik verprellt (Egle 2009: 10; Grunden et al. 2017: 139). Davon leicht abweichend betonen einige Wissenschaftler, dass sich das klassische SPD Klientel schon viel früher aufgespalten habe. Die Insider-Outsider-Theorie (Vgl. Schwander 2019) erklärt, dass die klassische Arbeitnehmerschaft inzwischen aus zwei voneinander zu unterscheidenden Gruppen besteht (Palier und Thelen 2012). Hierbei würden die Insider, welche von sicheren Arbeitsplätzen und guten Arbeitsbedingungen profitieren, noch immer die klassische Klientel der sozialdemokratischen Parteien darstellen und von denen auch vertreten werden, wohingegen die Outsider von diesen Parteien im Zweifelsfall nicht vertreten werden würden (Rueda 2005).

---

<sup>1</sup> In dieser Arbeit wird das generische Maskulinum verwendet, es sind aber natürlich alle Geschlechter gemeint.

Dementsprechend wäre davon auszugehen, dass der Verlust an Stimmen vor allem darauf zurückzuführen sei, dass sich Outsider von der SPD abgewandt haben.

Ziel dieser Arbeit ist es auf Basis der hypothetisch-deduktiven Methode und quantitativer Prüfung die verschiedenen Theorien zu testen. Hierbei liegt der Fokus vor allem auf dem Wahlverhalten gesellschaftlicher Gruppen und Klassen. Die Forschungsfrage der Arbeit lautet dementsprechend:

*Wie kann der Rückgang der SPD Wahlergebnisse im Zeitraum von 1998 bis 2013 in Hinsicht auf das Wahlverhalten von Mitgliedern verschiedener sozialer Gruppen erklärt werden?*

Die Beantwortung dieser Frage erfolgt in drei Schritten. Zunächst wird eine lektürebasierte Analyse des Zustands der SPD im Jahre 1998 vorgenommen. Die SPD hatte bei der zugehörigen Bundestagswahl ein außergewöhnlich gutes Wahlergebnis von über 40% (Bundeswahlleiter) erreicht was angesichts der vorherigen Wahlergebnisse erklärungsbedürftig ist. Anschließend wird für die folgenden Bundestagswahlen geprüft, wie hoch die Wahrscheinlichkeit der SPD-Wahl verschiedener sozialer Gruppen oder Klassen war. Insbesondere wird geprüft, ob bestimmte Gruppen in besonderem Maße für den Stimmverlust der SPD verantwortlich gemacht werden können oder ob es sich um ein Phänomen handelt, das bei allen Gruppen relativ gleich ausgeprägt ist. Hierbei soll theoriegestützt vorgegangen werden. Aus der Theorie werden Prämissen abgeleitet und empirisch geprüft.

Das Startjahr 1998 wurde aus dreierlei Gründen gewählt. Zum einen stellt das Wahlergebnis des Jahres 1998 ein lokales Maximum dar, es ist also davon auszugehen, dass in den darauf folgenden Jahren in den verschiedenen Gruppen Wähler verloren gegangen sind und es scheint lohnend zu prüfen, wie stark der Effekt in der jeweiligen Gruppe ist. Zum anderen war das Jahr 1998 auch inhaltlich eine wichtige Zeitmarke für die SPD. Die Partei stellte ab 1998 zum dritten Mal den Bundeskanzler und nahm mit der Politik des Dritten Weges (mehr dazu im nächsten Kapitel) eine substantielle Veränderung des politischen Programms vor. Der dritte Grund für die Auswahl dieses Jahres liegt in der Datenlage. Die statistischen Analysen beruhen auf Daten des European Social Survey, das sich dadurch auszeichnet, dass es für einen großen Zeitraum klassenbasierte Analysen zulässt. Diese Datengrundlage erlaubt es allerdings nur, das Wahlverhalten bis ins Jahr 1998 zurückzuverfolgen. Es liegt dementsprechend nahe dieses Jahr als Ausgangspunkt zu nehmen. Auf Grund der Datenlage muss der Untersuchungszeitraum dementsprechend auch im Jahr 2013 enden. Für eine Einbeziehung der Bundestagswahl 2017

müsste die neunte Welle (2018) des ESS herangezogen werden, die aber leider noch nicht vorliegt.

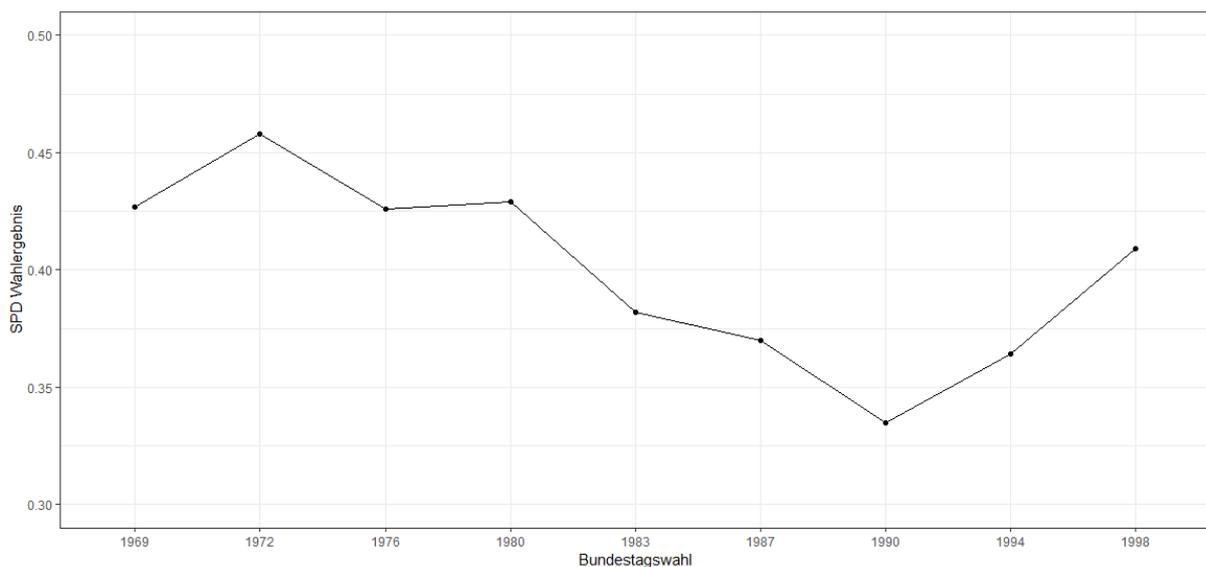
## 2. Ein geschichtlicher Überblick: Die Zeit vor und nach der Bundestagswahl 1998

Ziel dieser Arbeit ist es zu überprüfen, wie die sinkenden Wahlergebnisse der SPD seit der Bundestagswahl 1998 zustande kamen und wie sie zu erklären sind. Die Bundestagswahl 1998 stellt den Ausgangspunkt der empirischen Analysen dieser Arbeit dar, doch dies bedeutet nicht, dass diese Wahl geschichtslos in Zeit- und Raum existiert. Vielmehr müssen diese Bundestagswahl und die zugehörige politische Positionierung der SPD als Ergebnis vorangegangener und ständig weiterlaufender gesellschaftlicher Entwicklungen verstanden werden. Diese Entwicklungen und die politischen Reaktionen der SPD sollen in diesem Kapitel dargestellt werden. Die Erläuterungen ermöglichen es zu verstehen, warum die Bundestagswahl 1998 so erfolgreich für die SPD verlief, zeigen aber auch auf, dass die SPD zu diesem Zeitpunkt vor bedeutenden strukturellen Problemen und vor allem inneren Widersprüchen stand. Die Darstellung dieser Widersprüche bildet das Fundament, auf dem die weiteren Analysen dieser Arbeit beruhen.

### 2.1 Catch-All-Parteien in Zeiten gesellschaftlicher Diversifizierung

Der Bundestagswahl 1998 gingen knapp zwei Jahrzehnte enttäuschender Wahlergebnisse der SPD bei Bundestagswahlen voraus. Diese sind in Abbildung 1 dargestellt.

Abbildung 1: Wahlergebnisse der SPD bei den Bundestagswahlen von 1969 bis 1998



Daten: Deutscher Bundestag. Eigene Darstellung.

Das Niveau von Wahlergebnissen von über 40%, welche in den 70er Jahren regelmäßig erreicht wurden, konnte nicht gehalten werden. Dies führte dazu, dass schon zum damaligen Zeitpunkt von einer Krise der Sozialdemokratie gesprochen wurde (Vgl. Merkel 1990; Walter und Micus 2011: 383; Paterson und Sloam 2009: 66). Nach heutigen Maßstäben wirken Ergebnisse wie etwa 37% im Jahr 1987 oder 36,4% im Jahr 1990 positiv, nach damaligen Standards waren sie aber ernüchternd und bildeten den Anlass für Analysen und spätere politische Kurskorrekturen.

Als wichtige bis zentrale Ursache für die sinkenden Wahlergebnisse der SPD ab den 70er Jahren wird die zunehmende gesellschaftliche Diversifizierung und sinkende Milieubindung der deutschen Wähler ausgemacht (Siehe u. A. Wiesendahl 2011: 162ff.; Lösche 2010: 13; Merkel 1990: 106f.; Grunden et al. 2017: 165f.). Die SPD hat als Volkspartei mit strukturellen Veränderungen ihrer Stammwählerschaft zu kämpfen. Die Industriearbeiter, „Malocher“ und Handwerker – die zentrale Klientel der SPD, stellten einen immer kleiner werdenden Anteil der Bevölkerung.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass der Begriff „Volkspartei“ oder „Catch-all-Partei“ oftmals ungenau verwendet wird<sup>2</sup>. So beschreibt Kirchheimer die Catch-all-Parteien zwar als Parteien, die ihre ideologischen Grundlagen weitgehend aufgegeben haben und sich für Wähler aller gesellschaftlichen Gruppen zum Zwecke der Stimmenmaximierung geöffnet haben (Kirchheimer 1965). Dies bedeutet allerdings nicht, dass diese Parteien von allen gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen gewählt werden. Vielmehr verfügen sie über eine Stammwählerschaft, die in besonderen Maßen zur Wahl dieser Partei neigt. Darüber hinaus versuchen die Catch-all-Parteien weitere Wählergruppen anzusprechen, um so den Wahlerfolg zu steigern (Lösche 2010; Wiesendahl 2011: 78ff.). Im Verlaufe der 70er und 80er Jahre ist die Stammwählerschaft der SPD, die (Industrie-)Arbeiter, zunehmend erodiert. Einerseits ist sie infolge der Deindustrialisierung der deutschen Arbeitswelt in Deutschland relativ kleiner geworden, andererseits ist ihre Bindung an die SPD zurückgegangen, sodass für einen immer größer werdenden Anteil der ursprünglichen SPD-Stammwählerschaft andere Parteien als die SPD wählbar wurden. Diese Entwicklung stellte die Fähigkeit der SPD an frühere Wahlerfolge anknüpfen zu können grundsätzlich infrage.

Darüber hinaus beeinflusste die ökonomische Entwicklung die programmatische Ausrichtung der SPD. Merkel (2014) beschreibt, dass nach dem Ende des embedded liberalism und der

---

<sup>2</sup> Im nachfolgenden wird in dieser Arbeit nur noch der weniger umstrittene Begriff Catch-all-Party verwendet werden, welcher im Folgenden genauer dargestellt wird.

Ausweitung des Finanzkapitalismus soziale Gleichheit und wirtschaftliches Wachstum nicht mehr als gleichsam zu verwirklichende Ziele angesehen werden können. Infolge deutlich steigender Kosten für die sozialen Sicherungssysteme und damit verbundener Beitragserhöhungen zur Finanzierung derselben entstand im Verlauf der 80er Jahre und insbesondere nach der Wiedervereinigung ein zunehmender Druck diese Systeme zu reformieren (Elsässer 2018: 152f.). Es ist davon auszugehen, dass mit dem in der Bevölkerung zunehmend wahrgenommenen Kostendruck eine sinkende Zustimmung zu klassisch sozialdemokratischer bzw. keynesianischer Politik einherging. Diese Entwicklung kann ebenso auf zunehmende Tertialisierung deutschen Ökonomie zurückgeführt werden, der neue Dienstleistungssektor ist nicht in der Lage eine ähnliche Produktivität und ein vergleichbar starkes Wachstum wie die Industrie zu generieren (Vgl. auch Iversen und Wren 1998; Pierson 2014).

Zusammengefasst lässt sich also feststellen, dass die SPD seit den 70er Jahren und dann zunehmend in den 80ern und frühen 90er Jahren unter Druck geriet. Insbesondere die zunehmende Deindustrialisierung der Arbeitswelt und die gesellschaftliche Diversifizierung stellten die SPD unter Zugzwang, wenn sie wieder an die alten Wahlerfolge anknüpfen wollte. Einerseits war mit sinkender Unterstützung durch ihre Stammwählerschaft zu rechnen, andererseits wirkten ihre politischen Konzepte zunehmend unattraktiv angesichts des ökonomischen Wandels.

## 2.2 Die Politik des dritten Weges

Die Politik des so genannten „dritten Weges“ oder der „Neuen Mitte“ kann als Reaktion auf die dargestellten Entwicklungen verstanden werden. Unter anderem auf Anthony Giddens Bezug nehmend (Vgl. Giddens 1994, 1999/2000) kann diese Politik in erster Näherung als der Versuch verstanden werden, die SPD für weitere Wählergruppen attraktiver zu machen und dabei die klassische Wählerklientel an die Partei gebunden zu halten. Diese neuen Wählergruppen wurden durch Schröder unter dem Begriff der „Neuen Mitte“<sup>3</sup> zusammengefasst, auch wenn an keiner Stelle klar wird, welche Bevölkerungsgruppen exakt damit gemeint waren.

Mit dieser Neupositionierung ging aber auch die Aufgabe und Modifikation traditioneller, sozialdemokratischer Positionen einher. So wurde das politische Ziel der ökonomischen Gleichheit durch das Konzept der Chancengleichheit ersetzt (Pautz 2009: 130f.). Hierbei

---

<sup>3</sup> Der Begriffsteil „Neu“ in der „Neuen Mitte“ wird im Folgenden immer mit Großbuchstaben begonnen, um zu kennzeichnen, dass er als Eigenname verwandt wird.

handelt es sich um keine kleine Veränderung. Das Prinzip der Chancengleichheit lässt ökonomische Ungleichheit explizit zu. Angesichts der Tatsache, dass unterschiedliche Talente in der herrschenden Ökonomie unterschiedlich gewichtet werden – Händler-tätigkeiten führen in der Regel zu einem höheren Einkommen als Tätigkeiten im Handwerk – sind Ungleichheiten explizit zu erwarten und werden durch das Konzept der Chancengleichheit sogar normativ legitimiert. Dies stellt einen expliziten Widerspruch zu dem politischen Ziel der sozialen Gleichheit dar.

Ebenso wurden der klassischen Definition, dass Sozialpolitik, „die durch Marktprozesse ausgelöste soziale Risiken durch Instrumentarien staatlicher Politik auszugleichen sucht“ (Nullmeier 2001: 646), die aktivierende Sozialpolitik und sozial-investierende Konzepte an die Seite gestellt, welche primär das Ziel haben Menschen im Fall der Arbeitslosigkeit möglichst schnell wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren (Jenson 2013: 29). Eigenverantwortung und persönlicher Erfolg wurden bewusst rhetorisch in Konflikt mit einem umfassenden sozialen Sicherungssystem gebracht und anschließend dafür argumentiert letzteres zurückzufahren. Das Verhältnis vom Markt und Staat sollte neu ausgerichtet und näher am Markt positioniert werden (Vgl. Schröder und Blair 1999: 2). Die Politik des dritten Weges widerspricht Teilen der klassischen sozialdemokratischen Politik grundsätzlich.

Der Dritte Weg sollte nach Giddens jedoch nicht als neoliberales Reformprojekt verstanden werden, sondern eine neue, dritte Option zwischen Sozialismus und Kapitalismus bzw. Keynesianismus und Neoliberalismus (Vgl. Giddens 1999/2000: 38f.) anbieten. Diese geradezu dialektische Vereinigung politischer Gegensätze ist offensichtlich nicht gelungen. Die Hoffnung auf die Möglichkeit einer solchen Politik ist wohl vor allem mit einem Blick auf die Zeit zu erklären (Francis Fukuyamas „Ende der Geschichte“ erschien erst ein paar Jahre zuvor). In Bezug auf die erfolgreiche Bundestagswahl 1998 wird statt von einer Vereinigung der so unterschiedlichen Konzepte heute eher von einem gelungenen Spagat gesprochen (Walter und Micus 2011: 386) bei dem Oscar Lafontaine als Vertreter einer klassischen Sozialdemokratie und Gerhard Schröder als Repräsentant eines auf neue Wählerschichten ausgerichteten Konzepts der Neuen Mitte gemeinsam versuchten, neue Wähler zu gewinnen ohne die alten dabei zu verprellen (Walter und Micus 2011: 388). Insofern stellen diese Bemühungen paradigmatisch das Grundproblem der Catch-All-Parteien dar, sowohl die Interessen ihrer Stammwähler zu bemühen als auch für andere gesellschaftliche Gruppen attraktiv zu sein. Im Wahlkampf zur Bundestagswahl 1998 ist der SPD dieser Spagat gelungen. Sie stellte

darauffolgend die Bundesregierung, hatte allerdings im Regierungsalltag nachzuweisen, ob sie diesen Spagat auch in der tatsächlichen Politik leisten konnte.

### 2.3 Die Bundestagswahl 1998 – ein prekäres Wahlergebnis

Der vorangegangene Abriss der geschichtlichen Entwicklung diente dem Zweck den für diese Arbeit zentralen Punkt darzulegen. Trotz des guten Wahlergebnisses war der Stand der SPD im Jahr 1998 außerordentlich prekär. Es wurde erklärt, dass die klassische sozialdemokratische Politik infolge der Deindustrialisierung und Diversifizierung der Gesellschaft infrage gestellt wurde. Ebenso wurde gezeigt, dass dieser Entwicklung mit einem Spagat begegnet wurde. Hierbei band Lafontaine die Stammwähler mit dem Versprechen klassischer sozialdemokratischer Politik, wohingegen Schröder eine Politik vertrat, die von der klassischen SPD-Politik abwich und dieser in Teilen sogar direkt widersprach. Darüber hinaus beruhte der Erfolg der Wahl auch auf einer Überdrüssigkeit bezüglich Helmut Kohl, der nach der Wahl nicht mehr in der ersten Reihe der Politik aktiv war.

Diese strukturelle Problemstellung, dass sich die verschiedenen Politikansätze innerhalb der SPD in den Grundsätzen teilweise widersprachen, wurde noch durch situative Probleme verschärft. Während Schröders Regierungszeit verursachte die hohe Arbeitslosigkeit einen konstanten und hohen Problem-Pressure. Die Politik der Sozialdemokraten wurde fortan vor allem unter dem Aspekt beurteilt, ob sie es schafft, die Arbeitslosenzahlen zu senken (Vgl. Offermann 1999: 275; Hilmer 2003: 211f.; Blancke und Schmid 2003: 216; Camerra-Rowe 2004: 20). Dementsprechend musste der politische Fokus auf die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik gelegt werden, und damit auf das zentrale Politikfeld der SPD (Seeleib-Kaiser 2002: 479ff.).

Das Bundestagswahlergebnis 1998 ist also insofern als prekär zu bezeichnen, als dass es auf dem Versprechen beruhte die Interessen sowohl von Stammwählern als auch den neuen Wählergruppen vertreten zu können. Diese Wähler wurden durch einen Spagat von verschiedenen politischen Positionen und politischen Repräsentanten im Wahlkampf gewonnen. Allerdings standen diese Positionen teilweise im direkten Widerspruch zueinander. Dieser Spagat musste in der Regierungsarbeit durchgehalten werden, während Reformen am für die SPD zentralen Politikfeld nötig waren. Die schon zur Regierungszeit Schröders sehr stark schwankenden Umfrageergebnisse (Vgl. Niedermayer 2003: 39) und die von einigen Beobachtern dargestellte Ziellosigkeit der sozialdemokratischen Politik (Vgl. Lösche 2004: 104; Jesse 2003b: 26f.) ist wohl vor allem dieser Ausgangslage geschuldet. Der Fakt, dass politische Beobachter zu sehr unterschiedlichen Einschätzungen der politischen Reformen

Schröders erster Amtszeit kamen, ist wohl auch zum Teil durch diese Problematik zu erklären.<sup>4</sup> Insofern war es für Schröder eine glückliche Fügung, dass der Fokus bei der Bundestagswahl 2002 sich auf die Oder-Flut und vor allem auf den aufkommenden Irak-Krieg richtete und damit die schon fast verloren geglaubte Bundestagswahl 2002 für die SPD gerettet hat (Vgl. Hilmer 2003: 194f.; Jesse 2003a: 5f.)

#### 2.4 1998 – 2005: Die Agenda 2010 als umstrittenes Reformprojekt

Nachfolgend wird die geschichtliche Darstellung der Ereignisse kürzer ausfallen. Eine analytische Darstellung einiger relevanter Aspekte ist in den späteren Theorieteilern wiederzufinden.

Wie oben dargestellt, wurde die Regierungszeit Schröders vor allem durch den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bestimmt. Während hierfür zuerst versucht wurde, klassische sozialdemokratische Reformideen umzusetzen (Blancke und Schmid 2003: 221), wechselte der Ansatz zusehends zu einer Ansammlung politischer Reformen, die schließlich als Agenda 2010 bekannt werden würden. Diese gingen mit einem massiven Umbau sozialstaatlicher Leistungen und einer Deregulierung des Arbeitsmarktes einher. Wiederkehrendes Motiv der Agenda-Reformen ist die zunehmende Ökonomisierung der Sozialpolitik. Ziel der Agenda-Reformen war nicht nur die Senkung der Kosten der Sozialversicherungen, sondern durch Umbau der ökonomischen Verhältnisse neue (prekäre) Arbeitsplätze zu schaffen und diese mit den Arbeitslosen zu besetzen (Dillmann und Schiffer-Nasserie 2018: 250ff.).

#### 2.5 Die zweite große Koalition (2005 – 2009)

Die Bundestagswahl 2005 führte zu einigen Veränderungen im deutschen Bundestag. So verlor die SPD über vier Prozentpunkte an Stimmen, und der Linkspartei, die aus der Fusion der PDS und der als Reaktion auf die Agenda 2010 gegründete WASG hervorging (Schoen und Falter 2005: 33f.), gelang der Einzug in den Bundestag. Diese Entwicklung kann wohl vor allem auf die gerade bei linken Wählern ungeliebte Agenda 2010 angesehen werden (Stoy und Schmid 2011: 346f, 359). Die Etablierung der Linkspartei kann rückwirkend für die SPD als die relevanteste Änderung der strategischen Lage bezeichnet werden. Da die SPD bisher eine Koalition mit der Linkspartei ausschließt, eine Koalition mit der FDP unwahrscheinlich scheint und die CDU seitdem bei jeder Bundestagswahl die stärkste Kraft wurde, fehlt der SPD damit

---

<sup>4</sup> Besonders pointiert lässt sich dieser Streit bei Schmidt (2003) finden. Auf Seite 240 widerspricht er dem Neoliberalismus Vorwurf von Butterwegge (2002, 2000) und betont, die rot-grünen Sozialreformen würden die bisherigen liberalen Elemente der deutschen Arbeits- und Sozialpolitik noch zurückdrängen.

seit dem Jahr 2005 die strategische Ausgangsposition um eine Koalition mit dem zugehörigen Bundeskanzler zu stellen.

Gerhard Schröder nahm nach der Wahl kein wichtiges Amt in der Partei oder Fraktion mehr an und schied aus der aktiven Politik aus. Das – verglichen mit vorherigen Umfragewerten – gute Abschneiden der SPD wird üblicherweise auf zwei Faktoren zurückgeführt. Einerseits war dies die Tatsache, dass die SPD der CDU eine Politik des sozialen Kahlschlags vorgeworfen hat (Debus 2007: 43; Jung et al. 2010: 36), also eine Kritik von links vornahm und diese auch angesichts der Kirchhoff-Affäre durchaus überzeugend wirkte. Andererseits sah sich die CDU aufgrund ihrer guten Umfrageergebnisse in besonderem Maße gezwungen bereits ihre potentielle Politik zu verteidigen und konnte weniger stark von dem Privileg der Opposition zehren die Politik der aktuellen Regierung kritisieren zu können (Korte 2005: 12).

Mit der Wahl hatte die bisherige rot-grüne Koalition keine Mehrheit mehr und wurde durch eine schwarz-rote Koalition unter der Leitung von Angela Merkel abgelöst.

Inhaltlich ist die Zeit dieser großen Koalition eher durch Kontinuität denn durch grundlegende Veränderungen und definitiv nicht durch eine radikale Abkehr von der Politik des dritten Weges gekennzeichnet. So beschreibt Pautz, dass das 2007 entstandene Hamburger Programm durch und durch von der Politik des Dritten Weges gekennzeichnet sei (Pautz 2009: 142). Die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die vor allem Geringverdiener traf (Vgl. Bach und Isaak 2017) und die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre können sicherlich auch nicht als radikaler Linksruck gegenüber der Agenda 2010 angesehen werden und entfremdeten die Stammwähler der SPD noch weiter von der Partei (Hilmer 2010: 151f.). Ein ähnlicher Befund kann auf der personellen Ebene festgestellt werden. So übernahmen nach einer Phase des Übergangs Franz Müntefering das Amt des Parteivorsitzenden und Frank-Walter Steinmeier das Amt des Vizekanzlers. Beide Politiker hatten bereits unter Schröder wichtige Positionen inne. Als Partner in der Koalition trugen sie sowohl die Rente ab 67 als auch die Mehrwertsteuererhöhung mit. Es zeigt sich damit eine starke personelle Kontinuität zwischen der Regierungszeit Schröders und der anschließenden Legislaturperiode.

## 2.6 Die Bundestagswahl 2009 bis zur Bundestagswahl 2013

Die Bundestagswahl 2009 führte bei der SPD zu einem dramatischen Verlust an Wählerstimmen, sie erhielt nur ca. 23% der abgegebenen Stimmen. Dies wird einerseits darauf zurückgeführt, dass die klassischen SPD-Wähler sich nun zu einem noch größeren Teil von der SPD abgewandt haben (Hilmer 2010: 158, 168f.), während sie 2005 – vermutlich infolge des

relativ links geführten Wahlkampfes – noch die Hoffnung hatten, die SPD kehrte zu ihrer alten Politik zurück. Diese Wähler haben dann zu einem gewissen Teil die Linkspartei weiter gestärkt (Forschungsgruppe Wahlen 2013: 35; Merz und Hofrichter 2013: 98f.), während zwei Millionen ehemalige SPD Wähler an der Wahl 2009 schlicht nicht teilgenommen haben (Merz und Hofrichter 2013: 98ff.). In diesem Zusammenhang ist auch die geringe Wahlbeteiligung auffällig, die mit ca. 70,8% einen neuen Negativrekord darstellte (Jung et al. 2010: 39). Ebenso nützte die als gelungen angesehene Regierungszeit bei der Wahl vor allem der CDU (Hilmer 2010: 153; Merz und Hofrichter 2013: 100). Verglichen mit den sehr erfolgreichen Wahlkämpfen Schröders fällt vor allem auch das Urteil über den Bundestagswahlkampf 2009 außerordentlich schlecht aus (Vgl. Hilmer 2010: 158; Grunden et al. 2017: 178).

Auffällig in der Literaturrecherche zum Wahlergebnis 2009 ist die Uneinigkeit, wie der Verlust dieser Wahl letztlich zu erklären ist. So betont Hilmer, dass die SPD in allen Bevölkerungsschichten verloren habe (Hilmer 2010: 166). Jung et al. behaupten hingegen, dass es besonders bei den Arbeitern einen starken Rückgang gegeben habe (Jung et al. 2010: 43f.). Im Gegensatz dazu betont die Forschungsgruppe Wahlen, dass die Wahl vor allem von Wählern entschieden wurden, die sich vorstellen können sowohl CDU als auch SPD zu wählen (Forschungsgruppe Wahlen 2013: 55). Diese Eigenschaft spricht man üblicherweise eher den Wählern der Mitte zu. Auch wenn zwischen diesen Aussagen kein expliziter Widerspruch im Sinne der klassischen Logik vorliegt, scheinen die verschiedenen Erklärungen durchaus unterschiedliche Stoßrichtungen zu implizieren. Diese Unstimmigkeiten werden später in den empirischen Auswertungen untersucht.

Während der Legislaturperiode 2009-2013 stellte die schwarz-gelbe Koalition die Bundesregierung und die SPD befand sich in der Opposition. In dieser Zeit positionierte Sigmar Gabriel die SPD leicht links der Mitte, mit Peer Steinbrück trat aber letztlich ein mittig-orientierter Politiker als Kanzlerkandidat an (Vgl. Hilmer und Merz 2014: 185f.). Auch hier muss darauf hingewiesen werden, dass der mit der Person Steinbrück verbundene Wahlkampf als teilweiser Misserfolg eingestuft werden muss. So führte die Auswahl Steinbrücks zum Kanzlerkandidaten unter anderem zu Diskussionen über seine Einkünfte und Honorartätigkeiten – eine Diskussion die der Partei sicher eher geschadet als genutzt hat (Vgl. Klein und Rosar 2016). Dass die SPD trotzdem ihr Wahlergebnis leicht verbessert hat, ist wohl auf ihre vorherige Rolle in der Opposition zurückzuführen. Ein Anschluss an frühere Zeiten war aber nicht einmal ansatzweise möglich. Der Untersuchungszeitraum endet mit einem

Wahlergebnis von 26% für die SPD unter der Person Steinbrück. Dies sind ca. 15% weniger als im Jahr 1998.

## 2.7 Zusammenfassung

Spätestens seit den 80er Jahren litt die SPD unter den für die damalige Zeit schlechten Wahlergebnissen infolge der Deindustrialisierung und gesellschaftlichen Diversifizierung. Die SPD reagierte zur Bundestagswahl 1998 mit der Politik des Dritten Weges bzw. der Neuen Mitte, welche sich in einigen Punkten signifikant von der vorherigen Programmatik unterschied, um mehr Wähler der Mitte zu erreichen. Es gelang der SPD jedoch nicht ein Programm zu formulieren, welches alle Wählergruppen gleichermaßen ansprach. Stattdessen band Lafontaine mit einem eher klassisch-wohlfahrtsstaatlich ausgerichteten Programm die traditionellen Wählergruppen, während Schröder eher neue Wähler ansprach. Diese Programme unterschieden sich aber in Teilen signifikant und insbesondere infolge der sozialpolitischen Reformen angesichts der Massenarbeitslosigkeit war es nicht möglich, die Widersprüche zu verdecken. Insofern war das Bundestagswahlergebnis 1998 ein äußerst prekäres Ergebnis – dies ist Ergebnis der in dieser Arbeit bisher vorgenommenen Analyse und Ausgangspunkt für die weitere Arbeit. Die SPD vertrat anschließend mit der Agenda 2010 eine Politik, welche u.a. mit einer Kürzung der sozialen Sicherungssysteme verbunden war. Dies führt schon 2005 zu einem Erstarken der Linkspartei.

Die Zeit nach der Bundestagswahl 2005 war trotz der Verluste eher von inhaltlicher und personeller Kontinuität geprägt. Es scheint als habe dies in Zusammenhang mit der Rente ab 67 und der Mehrwertsteuererhöhung zu einem weiteren Verlust an Stammwählern geführt. Zusätzlich fiel die SPD durch eine schlechte Performance in Wahlkämpfen und einer nicht vorhandenen Machtopion infolge des Erstarkens der Linkspartei auf. Bei der Bundestagswahl 2013 erhielt die SPD 26% der Stimmen und lag damit deutlich unterhalb der Ergebnisse in den 80er und 90er Jahren, welche die SPD zu der Kurskorrektur zur Politik des dritten Weges veranlassten.

## 3. Stand der Literatur und Forschungslücke

Wie in Kapitel 2 zu erkennen ist, gibt es keinen Mangel an Publikationen, die versuchen den Wählerverlust der SPD zu erklären. Zu diesen zählen die Wahlanalysen zu den jeweiligen Bundestagswahlen. Diese Auswertungen geben wertvolle Informationen über einzelne Wahlen; längerfristige Trends, die sich über eine längere Zeitspanne ergeben, entziehen sich allerdings solchen Untersuchungsformen. Ebenso ist nicht klar, ob Verluste bei verschiedenen sozialen

Gruppen z.B. bei Arbeitern, darauf zurückführbar sind, dass diese Gruppen ein anderes Wahlverhalten aufweisen, oder sich einfach die Größen dieser Gruppe geändert haben. Sie könnten z.B. aufgrund des ökonomischen Wandels kleiner oder das Wahlverhalten könnte durch ein verändertes Durchschnittsalter beeinflusst worden sein. Dennoch sollten die Ergebnisse solcher Auswertungen nicht übergangen werden. So kommt Hilmer auf Basis von Daten von Infratest Dimap zu dem Ergebnis, dass die SPD im Jahr 2002 im Vergleich zur Wahl 1998 vor allem bei Arbeitern und Angestellten Wähler verloren hat (Hilmer 2003: 204) und bei der Bundestagswahl 2009 hat die SPD einen großen Anteil ihrer Wähler an die Nichtwähler verloren (Hilmer 2010: 176f.). Die erste Beobachtung bestärkt die Theorie, dass die SPD vor allem bei ihren Stammwählern verloren hat und aus der zweiten Beobachtung muss geschlussfolgert werden, dass bei einer umfassenden Untersuchung der Faktor der Nichtwahl in Betracht gezogen werden muss, wenn das Wahlverhalten (ehemaliger) SPD-Wähler untersucht werden soll. Ein Bild, welches das gesamte Phänomen der Krise der SPD beschreiben und erklären könnte, ergibt sich jedoch nicht aus der Summe dieser Artikel und Umfragen.

Diesen eher auf kurze Zeitabstände ausgerichteten Artikeln stehen einige Arbeiten gegenüber, die versuchen, die längerfristige Entwicklung zu untersuchen. In diesem Zusammenhang wird, wie bereits erwähnt, vor allem auf die gesellschaftliche Diversifizierung als Ursache für den Verlust an Wählerstimmen für die SPD hingewiesen (Siehe u. A. Wiesendahl 2011: 162ff.; Lösche 2010: 13; Merkel 1990: 106f.; Grunden et al. 2017: 165f.). Ebenso gilt auch die mangelnde Unterscheidbarkeit im Sinne einer Postdemokratiethese als eine Erklärung für das Phänomen der Krise der Volkparteien (Vgl. Nachtwey 2019) oder im Falle der SPD die Entfremdung der SPD-Wähler als Folge der Agenda 2010 (Vgl. Grunden et al. 2017: 139f.; Wiesendahl 2011: 204 ff.). Vor allem die Arbeiten dieser zweiten Gruppe enthalten wenig datenbasierte Analyse. Ebenso werden zumeist ein oder zwei Erklärungen vorangestellt, eine vergleichende Abwägung verschiedener Theorien war nicht vorzufinden. Multivariate Analysen, welche die Wahlwahrscheinlichkeit verschiedener sozialer Gruppen zugunsten der SPD untersuchen und dabei die im vorherigen Absatz genannten Probleme einer einfachen Korrelationsuntersuchung vermeiden, scheinen ebenso selten zu sein. Es scheint hier also eine Lücke im Forschungsstand zu geben.

#### 4. Theorie

In dieser Arbeit sollen für den Untersuchungszeitraum von 1998 bis 2013 drei Theorien geprüft werden, die nachfolgend grob charakterisiert werden.

1. Liberalisierungstheorie: Die SPD hat eine Politik gegen ihre eigenen Stammwähler, also vor allem die Industriearbeiter und die Arbeiter in technischen Berufen betrieben und diese damit verprellt. Diese haben sich infolgedessen von der SPD abgewandt.
2. Mitte-Theorie: Die CDU hat sich nach links bewegt, dabei Positionen der SPD übernommen und damit die Mitte besetzt. Wähler der Mitte nehmen die CDU zunehmend als Alternative wahr und infolge einer schlechten Performance der SPD wählen die Wähler der Mitte zunehmend die Christdemokraten. Ebenso steigt die Zahl der Nichtwähler, weil unabhängig davon, ob die CDU oder SPD gewählt wird, kaum Unterschiede in der tatsächlichen Politik zu erwarten sind.
3. Insider-Outsider-Theorie: Die Arbeiterschaft als homogene Gruppe gibt es nicht mehr, sie hat sich aufgespalten in Insider – Arbeitnehmer mit sicherer Beschäftigung, hohen Gewerkschaftsschutz und Tarifbindung – und den prekär Beschäftigten oder arbeitslosen Outsidern. Insider und Outsider haben teilweise gegeneinander gerichtete Interessen und die SPD vertritt im Zweifelsfall die Interessen der Insider und wird daher nicht mehr von den Outsidern gewählt.

#### 4.1 Liberalisierung und Responsivität

Nach der Liberalisierungstheorie hat die SPD und während ihrer Zeit in der rot-grünen Koalition und im Rahmen der zweiten Großen Koalition eine Politik gegen ihre eigenen Stammwähler unternommen. Es geht in dieser Theorie also um eine Enttäuschung der klassischen Wählerschaft der SPD.

Für die Erklärung langfristiger Wählerbindung ist noch immer die Cleavage zentral. Die klassische Cleavage der SPD ist eindeutig der Konflikt von Kapital und Arbeit. Klassische SPD-Wähler stehen auf Seiten der Arbeit (Broschek und Schultze 2006: 25ff.) und fordern einen ausgebauten Wohlfahrtsstaat. Genau diesem zentralen Anliegen hat die SPD aber in weiten Teilen nicht entsprochen. So hat sich die SPD unter Gerhard Schröder zwar zu Recht mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit befasst, hierbei aber keine Rücksicht auf die sozialen Auswirkungen der politischen Reformen genommen (Butterwegge 2018: 156). Mit der Riester-Reform war eine deutliche Senkung des Rentenniveaus verbunden (Häusermann 2010: 128f.). Das alte, umlagefinanzierte Versicherungssystem wurde teilweise durch ein kapitalgedecktes Rentensystem ersetzt, das vor allem Sozialschwache stark belastete (Vgl. Bäcker 2010: 383ff.). Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik wurde die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I verringert, die Zumutbarkeitskriterien für Arbeitslosengeld II – Empfänger wurden verschärft, die Bezüge von Arbeitslosengeld II wurden mit der Arbeitslosenhilfe in etwa auf der Höhe der

Arbeitslosenhilfe zusammengelegt (Dallinger 2016: 89ff.) und damit auch die individuelle Entscheidungsfreiheit der Arbeitslosen eingeschränkt (Aurich 2011: 297). Diese Reformen bedrohten über Rekommodifizierung-Effekte auch die beschäftigten Arbeitnehmer (Vgl. Dallinger 2016: 91f.; Esping-Andersen 1990).

Die Agenda 2010 wurde oftmals mit gestiegenem Druck durch die Globalisierung begründet (Vgl. Schröder 14.03.2003; Starke 2006), Wissenschaftler der politischen Ökonomie gingen allerdings davon aus, dass diese Reformen vor allem den nationalen und regionalen Niedriglohnsektor stärkten (Vgl. Scharpf 2000; Manow und Seils 2000), wie dies später auch geschah (Dillmann und Schiffer-Nasserie 2018: 164f.). Sie nützten daher auch den Industriearbeitern wenig. Die Reformen wurden von weiten Teilen der Gesellschaft als ungerecht empfunden (Schäfer 2007: 661f.) und als Bruch mit sozialdemokratischen Werten verstanden, was vor allem zu einem Konflikt mit den Gewerkschaften führte (Camerra-Rowe 2004: 1f.; Meyer 2004: 283f.). Die Responsivitätsforschung zeigte anschließend, dass diese Reformen fast ausnahmslos von den höheren Klassen befürwortet und von den unteren Klassen abgelehnt wurden (Elsässer 2018: 158ff.).

Selbst wenn die SPD ein ausgesprochen sozialdemokratisches Programm verträte, stellt sich die Frage mit welcher Partei sie dieses durchsetzen soll. Die SPD hat seit der Bundestagswahl 2005 de facto keine realistische Option den Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin zu stellen. Die FDP hat zur Bundestagswahl 2009 eine mögliche Ampelkoalition explizit abgelehnt (Hilmer 2010: 156) und eine mögliche Koalition mit der Linkspartei wurde immer wieder ausgeschlossen. Eine mögliche Regierungsoption stellt sich damit aktuell nur als Junior-Party in einer großen Koalition, mit der eine klassisch sozialdemokratische Politik nicht durchsetzbar wäre. Dies wissen auch die Stammwähler der SPD und vertrauen daher kaum auf plötzlich angekündigte Kurskorrekturen, solange nicht ersichtlich ist, in welcher Koalition sie durchzusetzen wären.

Entsprechend der Theorie und der vorgebrachten Argumente ist es wahrscheinlich, dass die SPD Teile ihrer klassischen Stammwähler verloren hat. Dies würde sich darin zeigen, dass die Industriearbeiter – die klassische Klientel der SPD – im Verlauf des Untersuchungszeitraums zum einen mit signifikant niedriger Wahrscheinlichkeit die SPD wählen und zum anderen die Wählerschaft der SPD nach rechts rückt. Gerade die klassisch-linken SPD-Wähler müssten zunehmend zu Nichtwähler geworden oder zu der Linkspartei abgewandert sein. Ebenso wäre anzunehmen, dass, wenn kein weiterer Effekt vorläge, sich das Wahlverhalten von

Stammwählern dem gesellschaftlichen Durchschnittswähler anpassen würde. Dies wird nachfolgend zu prüfen sein.

## 4.2 Mitte-Theorie

Ausgehend von der These, dass die SPD im Jahr 1998 durch einen Spagat sowohl Wähler der neuen Mitte als auch ihre Stammwähler vertreten konnte, stellt sich die Frage, wie sich die Wähler der Mitte bei späteren Bundestagswahlen verhalten haben. Wie dargelegt, wird oftmals argumentiert, dass diese Wähler im Laufe der Zeit zunehmend von SPD zur CDU wechselten, ebenso erscheint es durchaus plausibel, dass auch bei diesen Wahlen die Tendenz zum Nicht-Wählen zunahm, denn wenn die CDU und die SPD ein ähnliches Programm vertreten und eine der beiden Parteien die Regierung leiten wird, scheint die Teilnahme an der Wahl zunehmend unattraktiv.

Im Zusammenhang mit dieser Theorie sind zuerst unklare Begrifflichkeiten festzustellen. So nutzte Schröder zur Bundestagswahl 1998 den Begriff der „Neuen Mitte“, während heute eher von der „Mitte“ geredet wird. Beide Begriffe werden in dieser Arbeit als synonym angesehen in der Hinsicht, dass sie sich auf dieselben Personen beziehen. Der Begriff der Neuen Mitte soll wohl die Wähler in besonderem Maße ansprechen, da er Progressivität nahelegt. Nun ist der Begriff der „Mitte“ noch immer erklärungsbedürftig. Die genaue Destinktion, wer zur Mitte gehört und wer nicht, wird im nachfolgenden Methodenteil erklärt werden. In diesem Abschnitt soll zuerst auf die grundsätzliche Kritik an diesem Konzept eingegangen werden, um potenzielle Missverständnisse zu vermeiden.

In der Literatur findet sich die Kritik, beim Begriff der Mitte handele es sich vor allem um ein politisches Schlagwort (Krüger 2007: 238). Stine Marg beschreibt dementsprechend eine „Mystik der Mitte“ (Marg 2014: 3). Diese Beschreibung ist darauf zurückzuführen, dass praktisch alle politischen Parteien sich schon einmal als Partei der Mitte bezeichnet haben (Marg 2014: 11). Ebenso findet der Begriff der Mitte nicht nur rein deskriptive Anwendung, tatsächlich wird er oftmals mit politischen Ordnungs- und Sinnkriterien aufgeladen (Vgl. Gall 1992: 307). So hält die Mehrheit der Deutschen die Mittelstandsgesellschaft für die ideale Gesellschaftsform (Schöneck und Ritter 2018: 12), die Mitte organisiere den Ausgleich zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen (Vgl. Münkler 2018: 29; Krüger 2007: 239), sie verhindere den Aufstieg politischen Radikalismus (Marg 2014: 11f.) und nehme einen überparteilichen Standpunkt bei gesellschaftlichen Konflikten ein (Lenk 2014: 304). Für diese Zuschreibungen wurden keine empirischen Belege gefunden, ebenso fehlt eine Untersuchung, unter welchen Bedingungen und in welcher Hinsicht die genannten Eigenschaften zutreffen

oder nicht zutreffen. Eine genaue und unstrittige Zuordnung, wer denn nun zur Mitte gehöre, ist nicht zu finden. Insofern ist durchaus eine Mystik in Bezug auf die Mitte festzustellen. Diese Mystik scheint im Widerspruch zum Anspruch einer empirisch-analytischen Betrachtung der Mitte zu stehen. Es ist nicht ersichtlich, wie eine empirische Analyse auf Grundlage einer solch unklaren Begriffsbestimmung möglich sein sollte.

Aus dieser Darstellung ergibt sich allerdings nicht, dass der Begriff gar nicht verwendet werden darf, er sollte nur vorsichtig verwendet werden. Zur Lösung des dargestellten Problems wird der Begriff der Mitte in dieser Arbeit rein deskriptiv verwendet und bezeichnet nur eine Summe von Personen, die in einem oder mehreren noch näher zu definierenden Merkmalen eine Position zwischen mehreren Extremen einnehmen. Es wird davon ausgegangen, dass die so bezeichnete Gruppe mit den Personen übereinstimmt, die üblicherweise als Mitte bezeichnet werden.

Ausgehend von dieser Vorerklärung kann die Mitte-Theorie genauer betrachtet werden. Die These lautet, dass sich die beiden Catch-All-Parteien zur Stimmenmaximierung in die Mitte bewegen würden (Nachtwey 2019) und die CDU seit 2009 eine deutlich linkere Position einnehme als zuvor (Vgl. Jung 2009; Decker 2013: 326). Dies führe dazu, dass sie attraktiver für Wähler der (linken) Mitte sei, die zuvor die SPD gewählt haben. Diese Theorie ist insofern stichhaltig, als dass zunehmend festgestellt wird, dass sich CDU und SPD deutlich weniger voneinander unterscheiden als in der Vergangenheit. Zwar kommen Untersuchungen auf programmatischer Ebene noch immer zu dem Ergebnis, dass es deutliche Unterschiede zwischen SPD und CDU gibt (Wagschal und König 2014; Treibel 2010; Saalfeld 2007: 95ff.; Debus 2007: 94ff.), allerdings kommen sowohl Wähler, als auch Experten zu anderen Ergebnissen, wenn sie die tatsächliche Politik dieser Parteien betrachten. (Treibel 2010: 89f.; Dorn et al. 2017; Seeleib-Kaiser 2002). Ebenso ist festzustellen, dass sich auch die Wählerschaften dieser beiden Parteien einander angenähert haben (Brenke und Kritikos 2017). Darüber hinaus ist wieder auf die Responsivitätsanalyse von Elsässer zu verweisen, die aufzeigt, dass insbesondere im Zeitraum nach 2005 zunehmend politische Maßnahmen umgesetzt wurden, die entweder bei allen Klassen Zuspruch oder von allen Klassen Ablehnung erfahren haben (Elsässer 2018: 158ff.). Politische Trennungslinien werden durch eine solche Politik sicherlich nicht gestärkt, sondern eher geschwächt.

Selbst wenn davon ausgegangen wird, dass sich SPD und CDU nicht mehr programmatisch unterscheiden, so erklärt dies noch nicht, warum die Wähler der Mitte zunehmend zur CDU wechseln. Wenn die Entscheidung arbiträr wäre, wäre davon auszugehen, dass diese Wähler

entweder bei der SPD bleiben, weil sie sich emotional an sie gebunden fühlen, oder sich mehr oder weniger hälftig auf die Parteien aufteilen. Ein solches Szenario scheint auf den ersten Blick plausibel, würde aber Politik allein auf programmatische Entscheidungen reduzieren und gewisse gesellschaftliche Entwicklungen außer Acht lassen. Es sind mehrere Gründe aufzuzählen, warum Wähler der SPD zur CDU wechseln könnten.

Erstens muss darauf hingewiesen werden, dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass die Wähler der Mitte eine große emotionale Bindung zur SPD aufweisen. So lautet gerade die im zweiten Kapitel erarbeitete These, dass das Wahlergebnis im Jahr 1998 ein prekäres Ergebnis war. Ebenso beleuchtet Heise bereits im Jahr 2003, dass Begriffe wie „aktivierender Sozialstaat“ oder „Neue Mitte“ eben nicht identitätsstiftend sind (Heise 2003: 8f.). Zusätzlich bemerken die Demoskopien bei den untersuchten Wahlen im Vergleich zu früheren Zeiträumen eine hohe Zahl von Wechselwählern, also eine höhere Bereitschaft einer anderen politischen Partei die Stimme zu geben als bei der letzten Wahl (Weßels 2007: 395ff.; Weßels et al. 2013: 26). Dieses Verhalten weist auf eine abnehmende Parteibindung bei großen Teilen der Wähler hin. Die Zahl der Wähler, die aus emotionaler Verbundenheit bei der SPD verbleiben, sollte im historischen Vergleich relativ gering sein.

Ein weiterer Faktor für das schlechte Abschneiden bei Wählern der Mitte ist auf der Performance-Ebene zu suchen. Wahlforscher kommen zu dem Ergebnis, dass u.a. wegen der bereits dargestellten Diversifizierung der Gesellschaft politisch-situative Einflussfaktoren eine zunehmende Bedeutung für die Wahlentscheidung haben. Die langfristig wirkenden Einflussfaktoren wie die Cleaveages haben dagegen an Bedeutung verloren (Broschek und Schultze 2006: 26f.). Sowohl zur Bundestagswahl 2009 als auch zur Bundestagswahl 2013 fiel die SPD durch einen sehr schlechten Wahlkampf auf (Vgl. Hilmer 2010: 158; Grunden et al. 2017: 178) und im Jahr 2009 war es vor allem die CDU und nicht die SPD, die von der vorherigen Regierungsarbeit profitierte (Hilmer 2010: 153). Dementsprechend wurde der CDU und Kanzlerin Merkel zumindest seit 2009 in fast allen Politikbereichen eine höhere Kompetenz zugesprochen als der SPD und ihrem jeweiligen Kandidaten (Forschungsgruppe Wahlen 2013: 49; Schoen und Weßels 2016: 8). Darüber hinaus ist anzunehmen, dass eine Person mit der Wahl der CDU die Siegerpartei auch den nächsten Kanzler wählt. Dies kann ebenso einen Einfluss auf den Wähler haben.

Abschließend kann festgestellt werden, dass es durchaus plausibel ist, dass die SPD signifikant Wähler der Mitte verloren hat. Diese Wähler sind aber keine klassischen, linken SPD Wähler und im Rahmen der Theorie wird unabhängig von politischen Positionierungen argumentiert.

Es ist also nicht oder nur in deutlich geringerem Maße davon auszugehen, dass die Wähler der Mitte heute relativ zum Jahr 1998 und relativ zur gesellschaftlichen Entwicklung politisch rechter eingestellt sind. Dies stellt ein Unterscheidungskriterium zu den klassischen Stammwählern dar.

#### 4.3 Insider-Outsider-Theorie

Die beiden zuvor vorgestellten Theorien sind sowohl in der wissenschaftlichen Diskussion als auch in öffentlichen Debatten bekannt und wirkmächtig. Die Insider-Outsider-Theorie ist im Vergleich dazu relativ unbekannt. Sie geht, kurz gesagt, davon aus, dass die Arbeitnehmerschaft aus zwei Gruppen besteht, den Insidern und den Outsidern (Schwander 2019).

Der Bruch zwischen den beiden Gruppen soll in den 1970er Jahren in Zeiten der sogenannten Stagflation begonnen haben. Üblicherweise wird davon ausgegangen, dass in einer Gesellschaft entweder eine hohe Arbeitslosigkeit oder eine hohe Inflation vorliegen kann. Der Theorie nach haben Arbeiter bei einem hohen Beschäftigungsstand die Macht hohe Löhne zu verhandeln, welche letztlich die Preise steigen lassen. Dagegen führe eine hohe Arbeitslosigkeit zu relativ sinkenden Löhnen, die mit einer geringeren Inflation einherginge und Arbeitsplätze verbilligen würden. Aufgrund dieser günstigeren Arbeitsplätze könnte auch langfristig die Arbeitslosenquote wieder sinken. Diese Theorie wurde durch das Phänomen der Stagflation in den 1970er Jahren widerlegt. Eine hohe Arbeitslosigkeit und eine hohe Inflation lagen zeitgleich vor. Die Insider-Outsider-Theorie wurde zuerst zur Erklärung dieses Phänomens herangeführt. Der Theorie nach haben die Insider sich durch Gewerkschaften und staatliche Regelungen eine so starke Machtposition erarbeitet, dass sie ihre hohen Löhne trotz Krise sichern könne. Gleichzeitig haben die Outsider verringerte Chance in den Arbeitsmarkt einzusteigen (Rueda 2005: 61f.; Emmenegger 2009: 131ff.).

Diese Theorie wurde durch David Rueda (2005) auf die politische Ebene übertragen. Insider und Outsider haben laut Rueda teilweise gegeneinander gerichtete Interessen. So fordern Outsider einen flexiblen Arbeitsmarkt, um schneller einen neuen Arbeitsplatz zu gewinnen, wohingegen Insider ihren bestehenden Arbeitsplatz sichern wollen. Die sozialdemokratischen Parteien entschieden sich im Zweifelsfall für die Insider und würden deren Interessen vertreten. Inzwischen sind mehrere Artikel zu den politischen Präferenzen der Outsider veröffentlicht worden (Vgl. z.B. Marx 2016, 2014), die klassische These lautet aber immer noch, dass sich sozialdemokratische Parteien im Zweifelsfall für Insider einsetzen. Daher müsste davon ausgegangen werden, dass die sozialpolitischen Reformen unter Beteiligung der SPD eher gegen die Outsider als die Insider gerichtet sein. Tatsächlich spricht einiges für diese These.

Zwar trifft eine veränderte Arbeitslosenregelung über Re-Kommodifizierungseffekte auch Beschäftigte, zuerst und direkt trifft sie aber die Arbeitslosen selber, also Outsider. Die lange praktizierte Form des Aufstockens ermöglicht erst bestimmte Formen der Beschäftigung im Niedriglohnsektor (Palier und Thelen 2012: 208). Ebenso benennt die Literatur das Kurzarbeitergeld, also die Regelung, dass der Staat einen Teil der Verdienstaufwände bezahlt, wenn Unternehmen in Krisenzeiten die Arbeitszeit ihrer Angestellten reduzieren, aber so deren Beschäftigung sichern. Von dieser Regelung profitieren eher die festangestellten Insider als die befristeten Beschäftigten (ebenda: 208). Es ist daher davon auszugehen, dass die Outsider im geringeren Maße die SPD wählen und sie im stärkeren Maße für die sozialpolitischen Kürzungsprojekte abstrafen.

## 5. Das methodische Vorgehen

Die vorgestellten Theorien werden in dieser Arbeit empirisch geprüft. Für die Prüfung aller Theorien wird grundsätzlich dieselbe Methode eingesetzt, die im Folgenden dargestellt wird.

### 5.1 Darstellung und Diskussion der Methode

Für jede der zu untersuchenden Bundestagswahlen wird die Wahrscheinlichkeit ausgerechnet, dass ein Mitglied der zu untersuchenden sozialen Gruppe die SPD wählt. Es handelt sich dementsprechend um einen Mikro-Mikro-Ansatz. Hierfür wird zuerst eine logistische Regressionsanalyse erstellt. Diese Analyse ermittelt den Einfluss der Zugehörigkeit zu der Untersuchungsgruppe auf die Wahrscheinlichkeit der SPD-Wahl unter Einbezug mehrerer Kontrollvariablen. Es wird auf das Alter, das Alter<sup>2</sup>, den Bildungsgrad (nach ISCED 97), das politische Interesse und den Beschäftigungsstatus kontrolliert. Auf das Einkommen wird hingegen nicht kontrolliert, da keine einheitliche Grundlage zur Ermittlung dieser Variable vorliegt. In frühen Wellen wurde das Einkommen direkt (im Rahmen bestimmter Einkommensintervalle) abgefragt, in späteren Wellen wurde gefragt, zu welchem Einkommensdezil sich die Untersuchungsperson zugehörig fühlt.

Die Untersuchungen aller Bundestagswahlen werden alle in einer Analyse durchgeführt. Hierfür wird eine Variable für die jeweilige Bundestagswahl eingesetzt. Die Wahlwahrscheinlichkeit der zu untersuchenden Gruppe ergibt sich aus der Variablen zur Zugehörigkeit zu der Gruppe und aus dem Interaktionseffekt dieser Variable mit der Variablen zur jeweiligen Bundestagswahl.<sup>5</sup> Durch das Vorgehen ergeben sich die Veränderungen der Wahrscheinlichkeitswerte für die jeweiligen Wahlen nur aus der Variablen für die allgemeine

---

<sup>5</sup> Das Vorgehen wird in Kohler (2006) ab Seite 173 dargestellt.

Entwicklung der SPD-Wahlwahrscheinlichkeit für die jeweilige Bundestagswahl und aus dem Interaktionseffekt dieser Variable mit der Untersuchungsvariable. Dies ermöglicht die Berechnung konkreter Wahrscheinlichkeitswerte für die Untersuchungspersonen bei den jeweiligen Bundestagswahlen. Diese Werte werden miteinander verglichen und es kann ausgeschlossen werden, dass die unterschiedlichen Ergebnisse durch Veränderungen anderer Variablen als der Untersuchungsvariable verursacht wurden. Der Einflussfaktor z.B. des Alters hat über alle Jahre den gleichen Einfluss, der Einflussfaktor der Zugehörigkeit zu einer Gruppe kann sich über die Zeit verändern. Diese Veränderungen des Einflussfaktors bilden die Grundlage für die Untersuchung.

Die abhängige Variable – die Wahl der SPD – wurde wie folgt ermittelt. Zuerst wurden alle Fälle ausgeschlossen, die bei der letzten Wahl nicht wahlberechtigt waren oder die nicht wussten, ob sie überhaupt gewählt haben. Ebenso wurden Fälle ausgeschlossen, die angaben gewählt zu haben, aber nicht darlegten, welcher Partei sie ihre Stimme gaben. Befragte, die explizit aussagten, dass sie nicht an der Wahl teilgenommen haben, wurden bewusst in die Untersuchung aufgenommen. Entsprechend der Literatur sind viele enttäuschte SPD-Wähler nicht zu anderen Parteien gewechselt, sondern haben an den nachfolgenden Wahlen nicht teilgenommen und es scheint als würde gerade das Wahlergebnis der SPD durch das Phänomen der Nichtwahl besonders beeinflusst (Grunden et al. 2017: 181; Hilmer 2010: 161; Merz und Hofrichter 2013: 100; Schäfer 2015: 163). In diesem Zusammenhang muss auf das Phänomen des Over-Reporting eingegangen werden. Viele Nichtwähler geben an, dass sie an einer Wahl teilgenommen haben, obwohl sie dies eigentlich nicht getan haben. Dies ist ein nennenswerter Effekt in solchen Untersuchungen (Wenzel und Rattinger 2004: 32; Kersting 2004: 405), stellt diese Arbeit aber nicht grundsätzlich infrage. In dieser Untersuchung wird nur zwischen SPD-Wählern und Personen, die nicht die SPD gewählt haben, unterschieden. Die Nichtwahl der SPD kann durch die Wahl einer anderen Partei oder durch Wahlenthaltung zustande. Zwischen diesen beiden Möglichkeiten wird nicht weiter differenziert. Wenn ein Nichtwähler fälschlicherweise angegeben hat, eine andere Partei als die SPD gewählt zu haben, ändert sich seine Zuordnung in dieser Arbeit nicht. Wenn er angegeben hat, dass er gewählt hat, aber keine Aussage zur Partei getätigt hat, so wird er aus der Untersuchung aussortiert und es wird ein verbessertes Ergebnis für die SPD festgestellt. Da dieses Phänomen vor allem in späteren Wahlen mit schlechteren Ergebnissen auftreten sollte, führt dies dazu, dass wenn überhaupt nur bestehende Zusammenhänge nicht erkannt werden, aber keine falschen Thesen aufgrund systematischer Fehler bestätigt werden. Dasselbe gilt, mit stärkerer Ausprägung, wenn ein

solcher Nichtwähler angibt, er habe die SPD gewählt. Die Methode ist so konstruiert, dass nur unter Annahme unrealistischer Axiome<sup>6</sup> systematische Fehler zu erwarten sind.

Ungenauigkeit sind insofern zu erwarten, als dass das Wahlverhalten der untersuchten Fälle bei der Bundestagswahl retrospektiv aufgenommen wurde. Dies ist insofern problematisch, als dass gerade die Ergebnisse der Bundestagswahl 1998, die als eine Art Referenzpunkt fungiert, nur aus Daten aus dem Jahr 2002 ermittelt wurden. Zur Prüfung wurden die zu erwartenden Wahlergebnisse aus den Daten errechnet und mit den tatsächlichen Ergebnissen verglichen. Hierbei zeigten sich zwar Abweichungen von bis zu vier Prozentpunkten, der grundsätzliche Trend war allerdings deutlich erkennbar und entsprach den tatsächlichen Wahlergebnissen.

Aus den logistischen Analysen wurde jeweils die individuelle Wahrscheinlichkeit errechnet, dass ein männliches Mitglied der Untersuchungsgruppe mit durchschnittlichem Alter, mittlerer politischer Einstellung, mit Arbeitsplatz und geringem politischen Interesse und mittlerem Bildungsgrad die SPD wählt.<sup>7</sup> Einen Sonderfall bildet dabei die Gruppe der Arbeitslosen, die natürlich keinen Arbeitsplatz besitzen.

Zum Vergleich der Ergebnisse wurde eine allgemeine Vergleichsgruppe erstellt. Für eine höhere Vergleichbarkeit wurde für jede Untersuchung dieselbe Vergleichsgruppe herangezogen. Diese wurde so konzipiert, dass sämtliche Untersuchungsgruppen eine Teilgruppe der Vergleichsgruppe darstellen. Die Vergleichsgruppe zeichnet sich dadurch aus, dass von ökonomischen Dimensionen abstrahiert wurde. Sie enthält alle Mitglieder der verschiedenen sozialen Klassen und aller Beschäftigungsgruppen. Dementsprechend wird die Wahrscheinlichkeit der SPD-Wahl eines Mannes durchschnittlichen Alters, mittlerer politischer Einstellung geringen politischen Interesses und mittleren Bildungsgrades herangezogen.

Die errechneten Wahrscheinlichkeiten der Untersuchungsgruppen und auch für die Vergleichsgruppen, die SPD gewählt zu haben, weichen deutlich nach unten von den tatsächlichen Wahlergebnissen der SPD ab. Dies ist aber unproblematisch und auch zu

---

<sup>6</sup> Hierbei handelt es sich vor allem um die Möglichkeit, dass die SPD im Jahr 1998 bei einem sehr guten Wahlergebnis mit besonders vielen Nichtwählern zu kämpfen hatte und dagegen im Jahr 2009 ihr Potential geradezu vollständig mobilisiert hat. Die Literatur besagt das genaue Gegenteil.

<sup>7</sup> Mittlere politische Einstellung: Auf einer Skala von 0 – 10 (0 gleich sehr links, 10 gleich sehr rechts) wird vom Wert 5 ausgegangen.

Geringes politisches Interesse: Auf einer Skala von 0-4 (0 gleich kein Interesse, 4 gleich sehr großes Interesse) wird vom Wert 1 ausgegangen.

Mittlerer Bildungsgrad: Sekundärer Bildungsgrad mit beruflicher Ausbildung oder Abitur – ISCED 4

erwarten, da im Rahmen dieser Untersuchung im Gegensatz zu den Ergebnissen bei Bundestagswahlen Nichtwähler mit einbezogen werden.

Im Rahmen der Liberalisierungs- und der Mitte-Theorie wird zudem die individuelle Links-Rechts-Einschätzung als zu erklärende Variable eingesetzt. Die Befragten werden hierbei direkt gefragt, wie weit links oder rechts sie sich auf einer Skala von 0-10 verorten. Mittels einer multivariaten Regression wird unter Nutzung derselben Kontrollvariablen geprüft, inwiefern der Faktor, SPD-Wähler zu sein, mit einer linkeren Einstellung korreliert. Über den Interaktionseffekt dieser Variable und der Variable, welche die zugehörige Bundestagswahl angibt, wird geprüft, ob die Wähler der SPD relativ nach links oder rechts gewandert sind.

Die zu erklärende Variable wurde durch eine Selbsteinschätzung ermittelt. Solche Selbsteinschätzungen weisen verschiedene Problematiken auf. So gibt es ein Social-Desirability-Bias, sich selbst nicht als besonders links oder rechts darzustellen. Dies mag ein Problem bei der Untersuchung extremer Parteien sein, scheint aber bei Wählern der SPD deutlich weniger problematisch. Ebenso gibt es bei Selbsteinschätzungen das potenzielle Problem, dass sich Personen unterschiedlicher Klassen an unterschiedlichen Maßstäben orientieren oder sich die Maßstäbe im Verlauf der Zeit verändern. Ein Verhalten welches in der Arbeiterklasse als gemäßigt gilt, kann in Unternehmerkreisen als deutlich links wahrgenommen werden. Ebenso können sich ganze gesellschaftliche Gruppen im Verlaufe der Zeit nach links oder rechts bewegen. In dieser Arbeit wird diesem Problem durch zwei Kontrollmechanismen begegnet. Zuerst wird immer die Selbsteinschätzung von SPD-Wählern relativ zu Mitgliedern derselben Untersuchungsgruppe untersucht. Es wird also das Verhalten von SPD-wählenden Arbeitern relativ zu allen Arbeitern untersucht. Zweitens wird abermals eine Kontrollvariable für die jeweilige Bundestagswahl eingesetzt. Es wird also geprüft, ob sich ein SPD-wählendes Mitglied einer sozialen Gruppe relativ zu den anderen Mitgliedern der gleichen sozialen Gruppe im Vergleich zu einer allgemeinen links-rechts-Entwicklung im Laufe der Zeit eher links oder eher rechts einschätzt. Damit kann geprüft werden, ob die Wählerschaft der SPD im Laufe der Zeit nach rechts gewandert ist. Das letzte mit diesem Vorgehen verbundene Problem ist, dass das Verhalten einer vergangenen Wahl untersucht, aber die aktuelle Position auf der ideologischen Skala abgefragt wird. Dies scheint aber insofern nicht problematisch, als dass die Zeitdifferenz zwischen der Wahl und der Abfrage maximal drei Jahre beträgt. Angesichts der Stabilität ideologischen Zuordnungen ist mit keiner systematischen und signifikanten Verzerrung zu rechnen.

## 5.2 Auswahl des Datenmaterials

Die dargestellten Theorien werden mithilfe von Längsschnittstudien auf Grundlage eines geeigneten Surveys durchgeführt. Dieses Survey muss sowohl Variablen zur Wahlentscheidung bei der letzten Bundestagswahl, zum sozio-ökonomischen Status, zur Beschäftigungsgruppe, sowie zu politischen Einstellungen – insbesondere der links-rechts-Verordnung – enthalten. Hierfür kommen sowohl der ALLBUS (GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften) als auch der European Social Survey (European Social Survey ERIC) infrage. Der ALLBUS bietet den Vorteil, dass er einen größeren Untersuchungszeitraum abdeckt. Mit ihm wäre es möglich, den gesamten Zeitraum von der Bundestagswahl 1980 bis zur Wahl 2017 zu untersuchen. Gegen seine Verwendung spricht allerdings die de facto kleinere Fallzahl. Viele wichtige Fragen wurden öfter als im ESS durch die Befragten nicht beantwortet und die zentrale Variable – welche Partei der Befragte bei der letzten Bundestagswahl gewählt hat – wurde nicht in jeder Welle erhoben. Schwerwiegender wiegt allerdings noch, dass die Klassenangaben nur bis ins Jahr 2010 vorliegen, und hierbei nur das Klassenmodell nach Goldthorpe verwendet wurde. Angesichts dieser Einschränkung basiert diese Arbeit auf dem European Social Survey (ESS), welches ebenso die relevanten Variablen abfragt und eine de facto höhere Fallzahl für die Untersuchung aufweist. Vor allem besteht die Möglichkeit anhand der vorhandenen Variablen Indizes für die Klassenstruktur nach Oesch zu erstellen. Diese Struktur bietet den Vorteil, dass sie bis zu 16 Klassen aufweist, die einerseits durch ihre Arbeitslogik als auch durch ihre hierarchische Stellung spezifiziert sind und damit ein zweidimensionales Raster aufweisen, das explizit mit Blick auf die zunehmende Deindustrialisierung der Gesellschaft entwickelt wurde (Oesch 2006). Da diese Arbeit stark auf der Kategorisierung und Zuordnung verschiedener sozialer Klassen und Gruppen basiert, ist dieses Klassenschema sehr hilfreich, gerade weil es auch zur Erklärung von Wahlpräferenzen genutzt wird (Vgl. Oesch und Rennwald 2018).

## 6. Liberalisierungstheorie

In diesem Kapitel soll die oben dargestellte Liberalisierungstheorie untersucht werden. Wie in der quantitativen Forschung üblich wird hierfür zuerst die Methodik und anschließend die Auswertung dargestellt.

### 6.1 Methodik

Zuerst sollen im Rahmen dieses Unterkapitels die aus der Theorie generierten Hypothesen übersichtlich dargestellt und dann in einem zweiten Schritt die genutzten Variablen vorgestellt werden.

### 6.1.2 Hypothesen

Die Liberalisierungsthese fokussiert sich auf die klassischen Wähler der SPD, dies sind die Industriearbeiter im Speziellen und die im technisch-handwerklich Bereich (nachfolgend „technische Arbeiter“ genannt) Beschäftigten im Allgemeinen. Diese Wähler sollten, insofern die Theorie zutrifft, im zeitlichen Verlauf mit signifikant geringerer Wahrscheinlichkeit die SPD wählen. Dieses Phänomen soll der Theorie entsprechend durch programmatische Entscheidungen der SPD erzeugt worden sein, weil die SPD zunehmend relativ rechte Positionen eingenommen hätte. Dementsprechend sollte die SPD vor allem linke Wähler verloren haben. Angenommen, die anderen in dieser Arbeit vorgestellten Theorien seien nichtzutreffend, müsste sich das Wahlverhalten dieser Wähler dem gesellschaftlichen Normalfall angleichen.

Damit diese Theorie empirisch bestätigt<sup>8</sup> wird, müssen folgende Hypothesen erfüllt sein:

- L1: Technische Arbeiter – insbesondere Industriearbeiter – wählen in den Jahren nach 1998 mit signifikant geringerer Wahrscheinlichkeit die SPD als im Jahr 1998.
- L2: Technische Arbeiter – insbesondere Industriearbeiter –, die die SPD wählen, sind in den Jahren nach 1998 relativ zu allen technischen Arbeitern nach rechts gerückt.

Die Bestätigung folgender Hypothese spricht für einen besonders starken Einflusseffekt der Theorie:

- L3: Das Wahlverhalten technischer Arbeit – insbesondere Industriearbeiter – gleicht sich in den Jahren nach 1998 an das durchschnittliche gesellschaftliche Wahlverhalten an.

### 6.1.3 Variablen und Vorgehensweise

Die zentrale erklärende Variable zur Prüfung der Liberalisierungstheorie ist die Klassenzugehörigkeit, welche auf Oesch's System basiert (Oesch 2006). Oesch hat drei Schemata entwickelt, in denen er fünf, acht oder 16 Klassen definiert. Für diese Untersuchung wurde auf dem achtgliedrigen Schema aufgebaut (Vgl. Oesch und Tawfik Amal 2015), welches in Tabelle 1 dargestellt ist:

---

<sup>8</sup> Das Problem, das empirische Untersuchungen grundsätzlich keine endgültige Bestätigung erlauben, ist bekannt (Vgl. Popper (2002)). Zugunsten eines besseren Leseflusses wird aber trotzdem von einer „Bestätigung“ der Theorie gesprochen.

Tabelle 1: Achtgliedriges Klassenschema nach Oesch

<b>INDEPENDENT WORK LOGIC</b>	<b>TECHNICAL WORK LOGIC</b>	<b>ORGANIZATIONAL WORK LOGIC</b>	<b>INTERPERSONAL SERVICE WORK LOGIC</b>
1. Large employers & selfemployed professionals	3. Technical (semi-) professionals	5. (Associate) managers	7. Socio-cultural (semi-) professionals
2. Small business owners	4. Production workers	6. Office clerks	8. Service workers

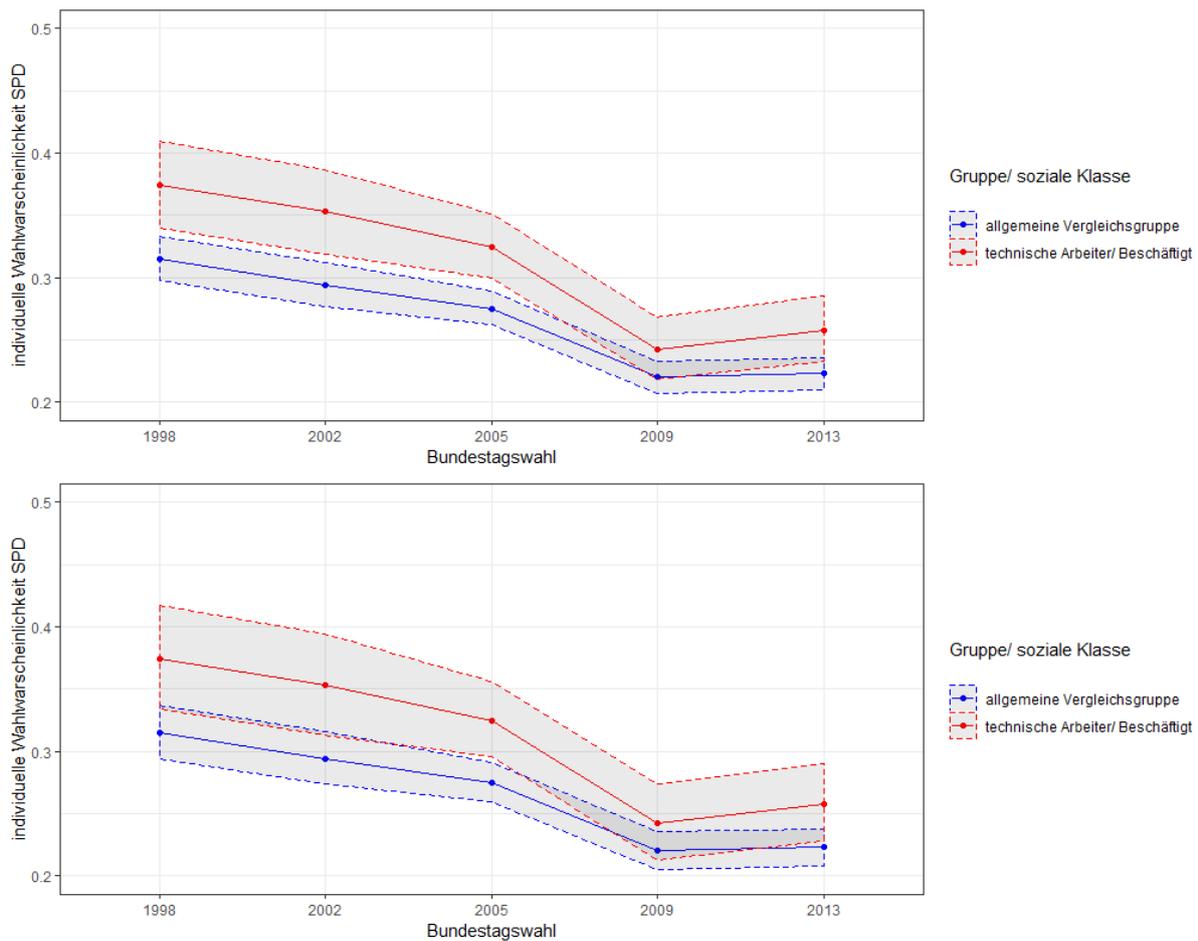
Dieses Schema enthält gegenüber den anderen Schemata verschiedene Vorteile. So enthält es die Klasse des Produktionsarbeiters (Klasse 4), die sehr exakt dem der SPD-Stammwähler entspricht. Ebenso gibt es mit den Technical (semi-)professionals – (Ingenieure und Ähnliche) eine Klasse, welche die höher qualifizierten Beschäftigten im technischen Bereich zusammenfasst. Die beiden Klassen zusammen ergeben die technischen Arbeiter. Dementsprechend erlaubt dieses Schema eine sehr exakte Nachbildung, der in dieser Theorie zu untersuchenden Bevölkerungsgruppen.

## 6.2 Auswertung

Aus den Daten des European Social Surveys wurden verschiedene logistische Regressionsanalysen erstellt. Aus diesen Analysen wird entsprechend der Darstellung im Kapitel 5 die relative Wahrscheinlichkeit errechnet, dass ein Beschäftigter der zu untersuchenden Gruppe die SPD wählt. In Abbildung 2 werden die individuellen SPD-Wahlwahrscheinlichkeiten der technischen Arbeiter, also sowohl der Produktionsarbeiter als auch der Professionals, dargestellt.

Aufgrund der sehr großen Konfidenzintervalle wird im Folgenden zuerst eine Untersuchung auf Basis von 10%-Konfidenzintervallen vorgenommen. Es kann festgestellt werden, dass sich das Wahlverhalten technischer Arbeiter im Jahr 2009 und 2013 signifikant vom Wahlverhalten 1998, 2002 und 2005 unterscheidet. Ebenso ist zu sehen, dass sie in den Jahren 1998 bis 2005 mit signifikant höherer Wahrscheinlichkeit die SPD wählen als die allgemeine Vergleichsgruppe. Die Annahme, dass diese Wähler eine Art Stammwählerschaft für die SPD dargelegten, kann auf diesem Niveau bestätigt werden. In späteren Jahren gleichen sich die Niveaus allerdings an. Das Wahlverhalten der technischen Arbeiter kann nicht mehr signifikant vom Wahlverhalten der Vergleichsgruppe unterschieden werden.

Abbildung 2: Wahlverhalten von technischen Arbeitern

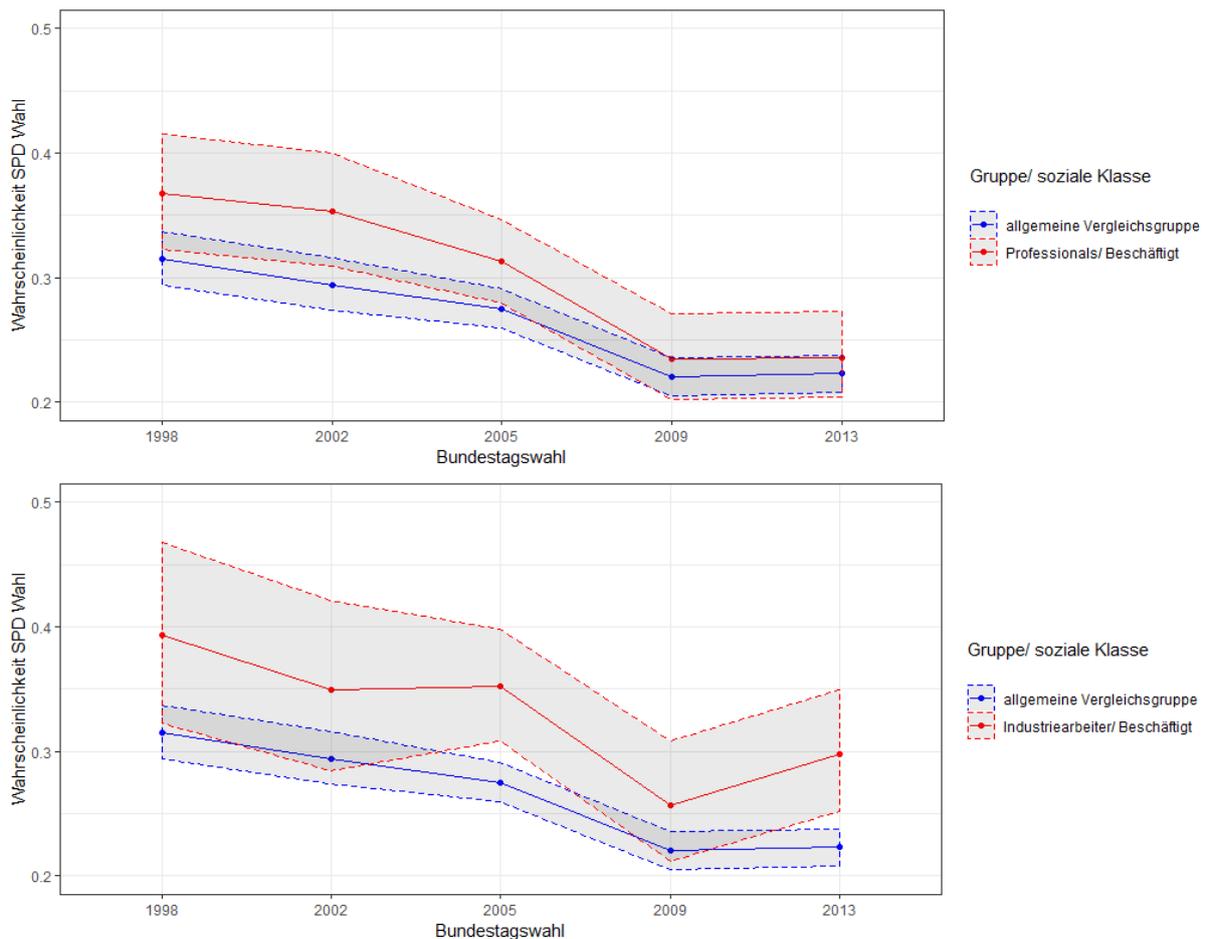


*Individuelle Wahrscheinlichkeit eines männlichen, technischen Arbeiters mit Beschäftigung, die SPD zu wählen, basierend auf einem 10% Konfidenzintervall (oben) und 5% (unten). Kontrollvariablen: Alter, Alter zum Quadrat, Bildung, links-rechts Einschätzung, politisches Interesse. Bei der Untersuchungsgruppe wird zusätzlich auf die Beschäftigung kontrolliert. Daten: ESS. Gewichtet. Eigene Berechnung.*

Eine Analyse auf Basis der 5%-Konfidenzintervalle ist insofern schwierig, dass erst Unterschiede von ca. 10%-Punkten zu signifikanten Unterschieden führen. Trotzdem kann festgestellt werden, dass sich das Wahlverhalten technischer Arbeiter in den Jahren 1998, 2002 und 2005 signifikant vom Wahlverhalten technischer Arbeiter bei nachfolgenden Wahlen unterscheidet. Ebenso kann im Jahr 2005 signifikant zwischen der Untersuchungsgruppe und der Vergleichsgruppe unterschieden werden. Dies kann aber nicht für die anderen Bundestagswahlen festgestellt werden.

Nachfolgend wird zwischen dem Wahlverhalten von Professionals und Industriearbeitern unterschieden. Hierfür wird Abbildung 3 herangezogen.

Abbildung 3: Wahlverhalten von Professionals und Industriearbeitern



*Individuelle Wahrscheinlichkeit eines männlichen Professionals bzw. Industriearbeiters mit Beschäftigung, die SPD zu wählen, basierend auf einem 5%-Konfidenzintervall. Kontrollvariablen: Alter, Alter zum Quadrat, Bildung, links-rechts Einschätzung, politisches Interesse. Bei der Untersuchungsgruppe wird zusätzlich auf die Beschäftigung kontrolliert. Daten: ESS. Gewichtet. Eigene Berechnung.*

Bei der Betrachtung des Diagramms 3 fallen zuerst die großen Konfidenzintervalle ins Auge. Bei der Bundestagswahl 1998 beträgt das Konfidenzintervall der Wahlwahrscheinlichkeit bei Industriearbeitern über 25%, dieses Phänomen wird auch durch einen Faktor begründet, der zur Entwicklung des Konzeptes des dritten Weges geführt hat: es gibt in der zunehmend deindustrialisierten deutschen Ökonomie nur noch vergleichsweise wenig Industriearbeiter. Dies führt zu einer kleinen Fallzahl und zu großen Konfidenzintervallen. Dennoch kann festgestellt werden, dass sich das Wahlverhalten von Produktionsarbeitern im Jahr 1998 signifikant vom Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2009 unterscheidet. Eine Untersuchung auf Basis eines 10%-Konfidenzintervalls (siehe Tabelle im Anhang), zeigt, dass sich auch das Wahlverhalten im Jahr 2005 signifikant vom Jahr 2009 unterscheidet. Dies bestätigt die Hypothese L1. Das schlechte Wahlergebnis im Jahr 2009 ist durch den Verlust bei SPD Stammwählern mitverursacht worden. Das Verhalten der Professionals ist in dieser Hinsicht vergleichbar. Dieses Ergebnis ist nicht überraschend und entspricht dem Stand der Literatur.

Auffälliger ist dagegen das Ergebnis bei der Bundestagswahl 2013, bei der SPD-Wähler der Klasse der Industriearbeiter sich signifikant positiv von der Vergleichsgruppe unterscheiden, trotz großer Konfidenzintervalle. Üblicherweise wird angenommen, Steinbrück sei ein Kandidat der Mitte gewesen, der gerade die klassischen Wähler mit seiner Forderung nach „Beinfreiheit“ abermals verunsichert habe<sup>9</sup> und die klassischen SPD-Wähler weiter bei den Nichtwähler verblieben seien (Grunden et al. 2017: 185f.). Ein signifikanter Unterschied zum Jahr 1998 ist nicht gegeben, angesichts der großen Konfidenzintervalle ist dies aber keine Feststellung mit besonderer Aussagekraft. Daher ist nicht ausgeschlossen, dass ein großer Teil der klassischen SPD-Wähler nicht an der Wahl teilgenommen hat. Allerdings zeigen die Daten, dass die Industriearbeiter definitiv eine stärkere Tendenz zur SPD-Wahl haben als der gesellschaftliche Durchschnitt. Diese Feststellung wird nach Abschluss der weiteren Untersuchungen ausführlicher diskutiert.

Die Hypothese L1 kann also mit Einschränkungen bestätigt werden. Der Wahlverlust der SPD ist auch auf einen Rückgang der individuellen Wahlwahrscheinlichkeit bei den Stammwählern zurückzuführen. Diese Einschränkungen sind nicht darauf zurückzuführen, dass Teile der Hypothese nachweislich falsch sind, sondern daraus, dass die Theorie detaillierte Voraussagen macht, als die Methode zur empirischen Überprüfung abdeckt. Die Hypothese L3 ist ebenso in Teilen bestätigt: Das Wahlverhalten von Stammwählern und der Vergleichsgruppe hat sich im Laufe der Zeit zunehmend angenähert, trotz kleiner werdender Konfidenzintervalle sind ehemals signifikante Unterschiede nicht mehr signifikant und die Differenz zwischen den erwarteten Werten nimmt im Verlaufe der untersuchten Zeit ab. Als wichtige Ausnahme muss das Wahlverhalten von Produktionsarbeitern im Jahr 2013 gezählt werden. Wie ausgeführt ist dies keine klare Falsifizierung der Theorie, aber eine noch zu diskutierende Beobachtung.

Abschließend bleibt die Untersuchung der Hypothese L2, der Rückgang der individuellen Wahlwahrscheinlichkeit gehe mit einem relativen Rechtsruck einher. Hierfür wird die Regressionstabelle herangezogen. Zur Erstellung dieser Tabelle wurden nur das Verhalten technischer Arbeiter herangezogen. Bei der Untersuchung der Industriearbeiter konnten selbst bei sehr großen gemessenen Effekten keine signifikanten Ergebnisse erzielt werden. Die Fallzahl von ca. 1800 Untersuchungspersonen für fünf Bundestagswahlen scheint deutlich zu gering für diese Untersuchung. Die Ergebnisse sind in Tabelle 2 zu finden.

---

<sup>9</sup> Steinbrück bat in seiner Antrittsrede als Kanzlerkandidat um „Beinfreiheit“. Dies wurde so interpretiert, als wolle er ggf. weitere liberale sozialpolitische Reformen durchsetzen. Vgl. ZEIT ONLINE (20.12.2012).

Tabelle 2: Links-Rechts-Einschätzung technischer Arbeiter und der Gesamtheit

	<i>Zu erklärende Variable:</i>	
	Links-Rechts-Einschätzung	
	Technische Arbeiter	Gesamtheit
Alter	-0.018**	0.008**
Alter^2	0.0003***	0.0001**
Geschlecht: weiblich	-0.327***	-0.240***
Bildung	-0.052***	-0.033***
Politisches Interesse	0.088***	0.111***
SPD-Wähler	-1.212***	-0.949***
<i>Beschäftigungsstand (Referenz: Rentner)</i>		
Beschäftigt	0.094	0.036
Arbeitslos	-0.375	-0.424***
Sonstige	0.025	-0.022
<i>Bundestagswahl (Referenz: BTW 1998)</i>		
BTW 2002	-0.355***	-0.263***
BTW 2005	-0.350***	-0.145***
BTW 2009	-0.222**	-0.175***
BTW 2013	-0.425***	-0.297***
<b><i>Interaktionseffekt</i></b>		
<i>Bundestagswahl*SPD-Wähler</i>		
SPD-Wähler*BTW 2002	0.644***	0.343***
SPD-Wähler*BTW 2005	0.331**	-0.006
SPD-Wähler*BTW 2009	0.454***	0.206**
SPD-Wähler*BTW 2013	0.538***	0.228**
Constant	5.329***	4.373***
Observations	6,879	24,031
R <sup>2</sup>	0.056	0.059
Adjusted R <sup>2</sup>	0.054	0.059
Residual Std. Error	1.764 (df = 6861)	1.797 (df = 24013)
F Statistic	24.117*** (df = 17; 6861)	89.356*** (df = 17; 24013)
<i>Note:</i>	*p<0.1; **p<0.05; ***p<0.01	

*Links: nur technische Arbeiter, rechts: Gesamtheit. Daten: ESS. Gewichtet. Eigene Berechnung*

Die Tabelle gibt den Einfluss verschiedener Faktoren auf die individuelle links-rechts-Einschätzung an. Es lassen sich drei für diese Untersuchung relevante Aspekte entnehmen. Zuerst kann festgestellt werden, dass Wähler der SPD tendenziell linker eingestellt sind als Personen, die nicht die SPD wählen. Dies ist an den kleineren Werten auf der Links-Rechts-Skala zu sehen, die eine linkere Einstellung angeben. Die Eigenschaft, SPD-Wähler zu sein, ist jeweils mit signifikanten und negativen Koeffizienten verbunden. Dies entspricht der Annahme, dass die SPD noch immer eine Partei für tendenziell linke Wähler ist. Die Zuordnung zu den Bundestagswahlen gibt an, wie sich die Einschätzung aller technischen Arbeiter (links) und der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung (rechts) auf der Links-Rechts-Achse im Vergleich zum Jahr 1998 verändert hat. Die Daten zeigen, dass sich diese Gruppe seit dem Jahr 1998 signifikant nach links bewegt hat – zumindest in der Eigenzuschreibung.

Am relevantesten für diese Untersuchung ist der Interaktionseffekt zwischen der Bundestagswahl und der SPD-Wahl. Diese Effekte sind tendenziell schwer zu interpretieren, in diesem Fall gibt der Effekt an, inwiefern sich die Links-Rechts-Einschätzung von technischen Arbeitern bzw. der Gesamtheit, die die SPD wählen, relativ zur Einschätzung aller technischen Arbeiter bzw. der Gesamtheit entwickelt hat. Die zugehörigen Werte sind durchgehend positiv und signifikant. Es ist also ein relativer Rechtsruck feststellbar. Allein die Bundestagswahl 2005 bildet insofern eine Ausnahme, dass kein signifikanter Effekt für die Gesamtheit aller Wahlberechtigten gemessen wurde. Die technischen Arbeiter haben in dieser Zeit signifikant mit geringerer Wahrscheinlichkeit die SPD gewählt. Dies hat die vorherige Untersuchung ergeben. Die wahrscheinlichste Konklusion aus diesen beiden Analysen ist, dass linke, technische Arbeiter stärker von der Wahl der SPD absehen als rechte technische Arbeiter – es ist ein systematischer und vermutlich auf inhaltlichen Gründen basierender Effekt messbar. Dies entspricht der Hypothese L2.

Die Hypothesen L1 und L2 konnten bestätigt werden, ebenso – mit Einschränkung – die These L3. Damit ist die Liberalisierungshypothese bestätigt. Es ist anzunehmen, dass die Stammwählerschaft der SPD diese Partei mit deutlich geringerer Wahrscheinlichkeit wählt und dies ist wohl auf die tendenziell rechte Politik dieser Partei im Untersuchungszeitraum zurückzuführen. Die Liberalisierungsthese ist bestätigt.

## 7. Mitte-Theorie

Gemäß dieser Theorie unterscheiden sich die Politiken von SPD und CDU kaum noch. Wähler der Mitte seien weder auf die eine noch die andere Partei festgelegt, daher entschieden sie vor allem anhand der politischen Performance der jeweiligen Partei. Wähler der Mitte wählen laut der Theorie zunehmend die CDU und nicht die SPD. Diese Theorie soll analog zur Liberalisierungstheorie untersucht werden.

### 7.1 Methodik

Analog zur Herangehensweise zur Liberalisierungstheorie wird das individuelle Wahlverhalten eines repräsentativen Mitglieds der Untersuchungsgruppe im Vergleich zur allgemeinen Vergleichsgruppe untersucht. In diesem Fall werden allerdings nicht die Stammwähler der SPD, die Produktionsarbeiter und Techniker, untersucht, sondern Wähler der Mitte.

#### 7.1.1 Hypothesen

Aus der Theorie wurden im Kapitel 4.2 verschiedene Hypothesen abgeleitet, welche hier nochmal übersichtlich dargestellt werden. Entsprechend der These des prekären Wahlergebnisses des Jahres 1998 fühlen sich die Wähler der Mitte nicht an die SPD gebunden und wählen in Zeiten schlechter Performance zunehmend andere Parteien, vor allem die CDU. Da sich CDU und SPD zudem kaum noch programmatisch voneinander unterscheiden nehmen Wähler der Mitte mit geringerer Wahrscheinlichkeit an der Wahl teil, da letztlich entweder die CDU oder die SPD die Regierung leiten wird. Dieser Effekt wird nicht durch programmatische Unterschiede hervorgerufen. Daher ist davon auszugehen, dass mit dem zunehmenden Verlust von Wählern der Mitte nicht damit zu rechnen ist, dass die verbleibenden Wähler – unter Beachtung der links-rechts-Verschiebung aller Mitglieder dieser Gruppe – signifikant linker oder rechter eingestellt sind als die Wählerschaft der Mitte im Jahr 1998. Ebenso ergibt sich, dass wenn sich das Wahlverhalten der Wähler der Mitte deutlich an das Wahlverhalten der Allgemeinheit annähert, dies für einen besonders starken Effekt dieser Theorie spricht.

Damit die Theorie bestätigt wird, müssen folgende Hypothesen erfüllt sein:

- M1: Wähler der Mitte wählen in den Jahren nach 1998 mit signifikant geringerer Wahrscheinlichkeit die SPD als im Jahr 1998.
- M2: Wähler der Mitte, die die SPD wählen, sind in den Jahren nach 1998 nicht politisch signifikant rechter oder linker eingestellt im Vergleich zur allgemeinen Entwicklung.

Folgende Hypothese spricht für einen starken Einflusseffekt der Theorie:

M3: Das Wahlverhalten von Wählern der Mitte gleicht sich in den Jahren nach 1998 an das durchschnittliche gesellschaftliche Wahlverhalten an.

#### 7.1.2 Variablen und Vorgehensweise

Neben dem bereits im Theorieteil dargestellten Problem, dass das Konzept der Mitte theoretisch umstritten ist, tritt ebenso die Problematik auf, dass es ebenso sehr unterschiedliche Konkretisierungen dieses Konzeptes gibt. Eine Untersuchung, die das Wahlverhalten der Mitte in ähnlicher Weise wie in dieser Arbeit untersucht, wurde nicht gefunden. Es liegen aber eine große Anzahl empirischer Arbeiten zum Verhalten der Mitte vor und auch die Vielzahl an unterschiedlichen Konzeptionen wird diskutiert (siehe u.a. Niehues 2018: 54ff.; Burzan et al. 2014: 13ff.).

Eine häufig verwendete Konzeption basiert auf dem relativen gewichteten Haushaltseinkommen im Vergleich zum Median. Zur Mitte gehören dementsprechend Personen, die unter Berücksichtigung bestimmter Einflussfaktoren weder ein zu hohes noch zu geringes Einkommen im Vergleich zum mittleren Einkommen aufweisen (Burzan et al. 2014: 14). Diese Methodik wird allerdings oftmals als zu unpräzise wahrgenommen. Die Lebenseinstellungen und Ansichten von Menschen lassen sich nicht vollständig aus ihren Einkommen abbilden. Insbesondere ihre Position im Gesellschaftsgefüge spielt eine weitere zentrale Rolle. Daher wird die reine Zuordnung über das Einkommenskriterium durch andere Kriterien wie der Berufsgruppe oder dem Bildungsgrad ersetzt oder ergänzt. Ebenso werden auch Klassenmodelle wie das von Goldthrope oder Oesch verwendet (ebenda, S.14). Diese stellen eine umfassendere Abbildung der relativen Position eines Menschen in Gesellschaftsgefüge dar.

Daher wird auch in diesem Kapitel wieder das Klassenmodell von Oesch verwendet, allerdings wird in diesem Fall nicht das aus acht, sondern das aus 16 Klassen bestehende Modell verwendet (entnommen aus Oesch und Tawfik Amal 2015). Dieses ist in Tabelle 3 dargestellt. Das achtklassige Modell stellt eine Vereinfachung dieses umfassenderen Schemas dar.

Dieses größere Klassenmodell hat den Vorteil, dass es weitere gesellschaftlich-hierarchische Unterschiede mit in die Analyse einbezieht und hierfür vier vertikale Kategorien einsetzt – von niedriger zu hoher hierarchischer Stellung. Hierbei gehören jeweils die mittleren zwei Stufen des vertikalen Gefüges zur Mitte. Sie zeichnen dadurch aus, dass sie weder eine besonders niedrige noch eine besonders hohe Platzierung im hierarchischen Gesellschaftsgefüge aufweisen.

Tabelle 3: 16-gliedriges Klassenschema nach Oesch

Self-employed		Employees		
INDEPENDENT WORK LOGIC		TECHNICAL WORK LOGIC	ORGANIZATIONAL WORK LOGIC	INTERPERSONEL SERVICE WORK LOGIC
1. Large Employers	2. Self- employed Professionals	5. Technical experts	9. Higher-grade managers	13. Socio-cultural professionals
3. Small business owners with employees		6. Technicians	10. Lower grade managers	14. Socio-cultural semiprofessionals
4. Small business owners without employees		7. Skilled crafts workers	11. Skilled clerks	15. Skilled service workers
		8. Low-skilled production workers	12. Low-skilled clerks	16. Low-skilled service workers

*Gegliedert nach Arbeitslogik (horizontal) und hierarchischer Stellung (vertikal). Grau hinterlegte Klassen werden zur "Mitte" zusammengefasst.*

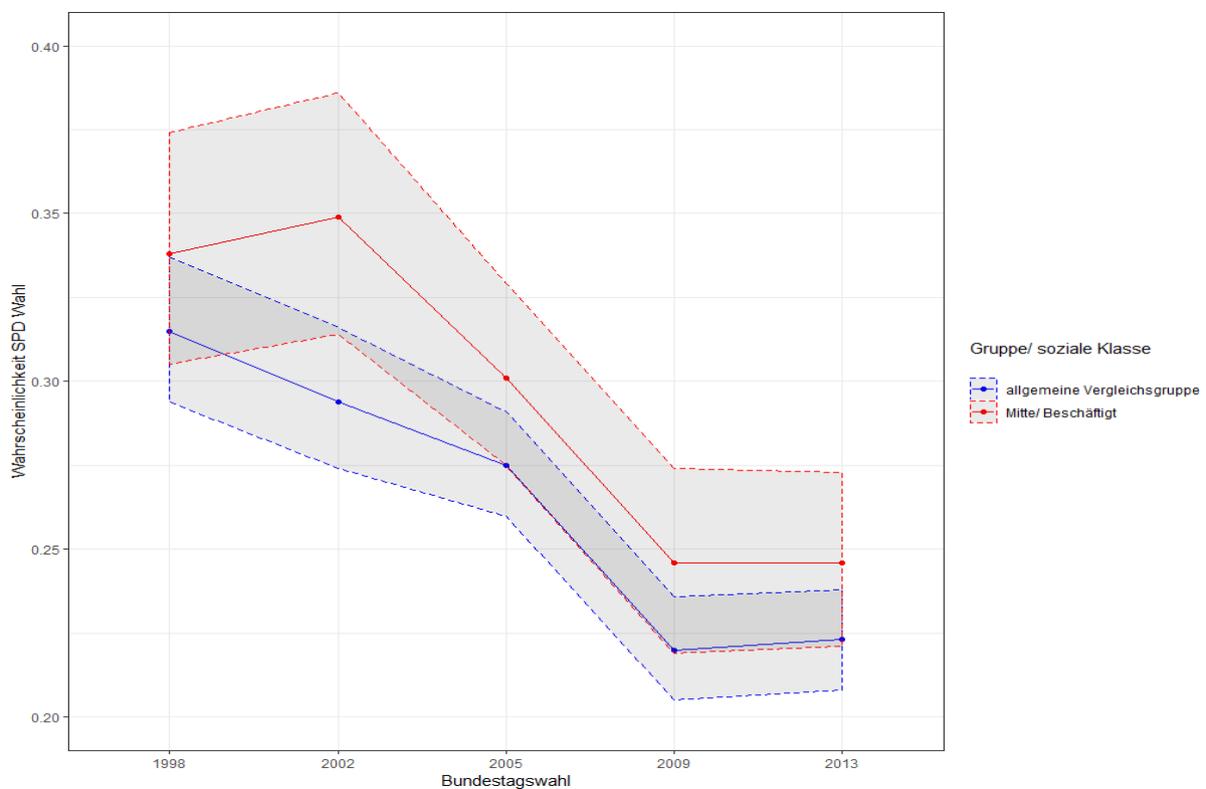
Auf horizontaler Ebene stellt sich die Frage, welche verschiedenen Arbeitslogiken in die Untersuchung mit aufgenommen werden sollen. Es scheint hierbei, dass der im Rahmen dieser Arbeit pragmatische Ansatz mit einem wissenschaftlichen Konsens übereinstimmt. Basierend auf der White-Collar-Blue-Collar-Unterscheidung werden oftmals Arbeiter nicht zur Mitte gezählt oder der Fokus liegt auf Menschen in Dienstleistungs- oder Organisationsberufen (Burzan et al. 2014: 15; Niehues 2018: 54). Kritisch muss hierbei angemerkt werden, dass laut Niehues die Unterscheidung zwischen White-Collar und Blue-Collar in Deutschland im Verlaufe der Nuller-Jahre infolge der rechtlichen Gleichstellung im Rentensystem und der Schaffung einer einheitlichen Tarifstruktur obsolet wurde (Niehues 2018: 54). Diese Argumentation wirkt aber nicht überzeugend. Dem bisherigen Verlauf der Argumentation entsprechend ist der Vorteil eines solchen Klassenschemas, dass es über rein ökonomische Kategorien hinausgeht und weitere Faktoren wie Arbeitslogiken oder Werteeinstellung miteinbezieht. Diese Unterschiede verschwinden nicht infolge einer formalistisch-ökonomischen Gleichstellung. In dieser Arbeit werden entsprechend dieser Argumentation Personen aus Berufen mit einer technischen Arbeitslogik nicht beachtet. Dies hat auch den Vorteil, dass so klar zwischen Wählern der Mitte und Wählern aus klassischen SPD-Milieus unterschieden wird. Die weitere Vorgehensweise findet analog zur Analyse der Liberalisierungstheorie statt.

## 7.2 Auswertung

Nachfolgend sollen die Auswertungen der logistischen Regression diskutiert werden. Das grundsätzliche Vorgehen entspricht dabei dem der Auswertung der Liberalisierungstheorie unter Beachtung der im vorherigen Unterkapitel dargestellten Modifikation.

Zuerst gilt es zu prüfen, ob die Wähler der Mitte bei späteren Bundestagswahlen im geringeren Maße die SPD wählen als im Jahr 1998. Dies wird in Abbildung 5 dargestellt. Die deutlich kleineren Konfidenzintervalle verglichen zu den Produktionsarbeitern ergeben sich aus der größeren Anzahl an Mitte-Wählern.

Abbildung 4: Wahlverhalten von Wählern aus der Mitte.



*Individuelle Wahrscheinlichkeit eines männlichen Wählers der Mitte mit Beschäftigung die SPD zu wählen, basierend auf einem 5% Signifikanzniveau. Kontrollvariablen: Alter, Alter zum Quadrat, Bildung, links-rechts Einschätzung, politisches Interesse. Bei der Untersuchungsgruppe wird zusätzlich auf die Beschäftigung kontrolliert. Daten: ESS. Gewichtet. Eigene Berechnung.*

Zuerst kann festgestellt werden, dass die Hypothese M1 bestätigt wird. Die Wähler der Mitte haben bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 eine signifikant geringere Wahrscheinlichkeit die SPD zu wählen als bei den Bundestagswahlen 1998, 2002 und 2005. Basierend auf einem 5% Konfidenzintervall kann allerdings nie zwischen dem Wahlverhalten der Mitte und der Vergleichsgruppe unterschieden werden. Dies kann auch dadurch erklärt werden, dass die Wähler der Mitte einen relativ großen Anteil der Vergleichsgruppe ausmachen (ca. 40%).

Allerdings führen Analysen, die das Verhalten von Wählern der Mitte mit allen Wählern, die nicht zur Mitte gehören, zu demselben Ergebnis (siehe Tabelle im Anhang). Die Mitte-Wähler zeigen dementsprechend ein sehr durchschnittliches Verhalten. Nur im Jahr 2005 kann unter Berücksichtigung eines 10% Signifikanzniveaus ein relevanter Unterschied zwischen den beiden Gruppen festgestellt werden. Es scheint insofern möglich, dass die Politik Schröders in dieser Hinsicht aufgegangen ist.

In einem zweiten Schritt soll nun geprüft werden, ob mit der Veränderung der individuellen Wahlwahrscheinlichkeit auch eine relevante Veränderung der politischen Einstellung der Wähler der Mitte einhergeht. Hierfür wurde eine Regressionsanalyse erstellt, die auf Basis aller Mitte-Wähler überprüft, ob mit der Tatsache, dass ein Wähler die SPD wählt auch einhergeht, dass er linker eingestellt ist und inwiefern sich dieser Einfluss im Verlauf der Zeit verändert hat. Die Ergebnisse sind in Tabelle 4 dargestellt.

In Bezug auf die politische Positionierung von Mitte-Wählern der SPD können dieser Tabelle drei wichtige Aussagen entnommen werden. Zuerst kann festgestellt werden, dass die Wähler, die der Mitte entstammen und die SPD wählen, sich tendenziell eher links einstufen als die Personen, die das nicht tun. Dies scheint zunächst gegen die vorgestellte Theorie zu sprechen. Ebenso kann festgestellt werden, dass die Personen der Mitte, welche bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 die SPD gewählt haben signifikant linker eingestellt sind als die Wähler zum Jahr 1998. Das für diese Untersuchung wichtigste Ergebnis ist aber, dass sich die Wähler der SPD nicht signifikant nach rechts bewegt haben. Die Wähler der SPD sind im Rahmen der Untersuchung genauso nach links gerückt, wie die Personen, die nicht die SPD gewählt haben. Hier ist ein deutlicher Unterschied sowohl zu den technischen Arbeitern als auch zur gesamten Untersuchungsgruppe festzustellen, in diesen Fällen sind die SPD-Wähler relativ zu den Nicht-Wählern nach rechts gerückt. Dieser Effekt wurde als Bestätigung der These gewertet, dass gerade linke Wähler von der SPD enttäuscht sind. Genau dieser Effekt ist aber bei den Personen der Mitte nicht feststellbar. Dies kann als eine Bestätigung der These gewertet werden, dass die Wahlentscheidung der Untersuchungsgruppe weniger von inhaltlichen als mehr durch performance-Aspekte geleitet wird.

Tabelle 4: Links-Rechts-Einschätzung von Personen der Mitte

	<i>Zu erklärende Variable:</i>
	Links-Rechts-Einschätzung
Alter	-0.001
Alter^2	0.0002***
Geschlecht: weiblich	-0.267***
Bildung	-0.027***
Politisches Interesse	0.092***
SPD-Wähler	-0.787***
<i>Beschäftigungsstand (Referenz: Rentner)</i>	
Beschäftigt	-0.008
Arbeitslos	-0.760***
Sonstige	-0.074
<i>Bundestagswahl (Referenz BTW 1998)</i>	
BTW 2002	-0.147*
BTW 2005	-0.072
BTW 2009	-0.222***
BTW 2013	-0.290***
<b><i>Interaktionseffekt</i></b>	
<i>SPD-Wähler*Bundestagswahl</i>	
SPD-Wähler*BTW 2002	0.018
SPD-Wähler*BTW 2005	-0.237*
SPD-Wähler*BTW 2009	0.117
SPD-Wähler*BTW 2013	0.036
Constant	4.713***
Observations	10,068
R <sup>2</sup>	0.068
Adjusted R <sup>2</sup>	0.066
Residual Std. Error	1.796 (df = 10050)
F Statistic	42.972*** (df = 17; 10050)
<i>Note:</i>	*p<0.1; **p<0.05; ***p<0.01

*Daten: ESS. Gewichtet. Nur Wähler der Mitte sind in dieser Untersuchung enthalten. Eigene Berechnung*

Die beiden notwendigen Hypothesen wurden bestätigt. Die SPD hat auch signifikant Wähler der Mitte verloren, dies scheint aber hauptsächlich auf ihre Performance zurückführbar zu sein.

## 8. Insider-Outsider-Theorie

Abschließend soll die Insider-Outsider-Theorie geprüft werden. Die klassische Klientel der SPD hat sich laut der Theorie aufgeteilt; es sei die Klasse der Outsider entstanden, deren Mitglieder im Vergleich zu den Insidern unsichere Beschäftigungsverhältnisse und geringe Aufstiegschancen aufweisen können. Die SPD vertrete im Zweifelsfall die Interessen der Insider und nicht die der Outsider. Die SPD sollte dementsprechend besonders bei diesen Wählern verloren haben.

### 8.1 Methodik

Diese Theorie wird von der Methodik her analog zu den beiden vorherigen Theorien untersucht. Zuerst werden empirisch prüfbare Hypothesen aus der Theorie generiert, dann die zugehörige Vorgehensweise genauer spezifiziert. Hierfür werden insbesondere die genauen Konzeptualisierungen der Untersuchungsgruppe dargestellt.

#### 8.1.1 Hypothesen

Diese Theorie kann durch Bestätigung der zwei folgenden Hypothesen gestützt werden. Zuerst muss festgestellt werden, ob sich das Wahlverhalten der Outsider überhaupt signifikant zu Ungunsten der SPD entwickelt hat. Im zweiten Schritt muss geprüft werden, wie stark dieser Effekt ist. Wenn die SPD im Zweifelsfall die Interessen der Insider, und nicht der Outsider vertritt, sollte davon auszugehen sein, dass letztere mit größerer Ablehnung auf die Politik der SPD reagieren als die Insider. Insofern ist der gewählte Untersuchungszeitraum besonders vorteilhaft, da gerade in dieser Zeit viele sozialpolitische Reformen durchgeführt wurden.

- O1: Outsider wählen in den Jahren nach 1998 mit signifikant geringerer Wahrscheinlichkeit die SPD als im Jahr 1998.
- O2: Der Rückgang der Wahlwahrscheinlichkeit bei Outsidern ist größer als bei Insidern.

#### 8.1.2 Variablen und Vorgehensweise

Zur Prüfung dieser Theorie wird untersucht, wie sich das individuelle Wahlverhalten der Outsider verändert hat. Rovny und Rovny (2017) haben dargelegt, dass es deutliche Unterschiede in den verschiedenen Konzeptualisierungen von Outsidern gibt und diese zu deutlich unterschiedlichen Ergebnissen führen können. Dabei scheint es weniger um die Frage zu gehen, was nun die „richtige“ Konzeption ist, tatsächlich scheinen diesen unterschiedlichen

Konzeptionen sogar deutlich unterschiedliche Modelle zugrunde liegen. Schwander und Häusermann (2013) benutzen ein risiko-basierten Ansatz. Outsider ist, wer in einer Branche mit geringer Jobsicherheit arbeitet. Rueda (2005) und Emmenegger (2009) untersuchen dagegen den Status einer Person, also ob er arbeitslos ist, in Teilzeit arbeitet oder nur einen befristeten Vertrag aufweisen kann. In dieser Arbeit wird das letztere Konzept übernommen und grundsätzlich nach dem Emmenegger-Ansatz vorgegangen.

Dementsprechend besteht die Gruppe der Outsider aus drei Subgruppen. Diese werden nun vorgestellt, sowie die zugehörige Bemessungsgrundlage des ESS dargestellt, um auf mögliche Probleme hinzuweisen.

1. Arbeitslose: Personen werden zu der Gruppe der Arbeitslosen gezählt, wenn sie angeben, dass sie arbeitslos sind, einen Job haben wollen und innerhalb der letzten sieben Tage aktiv einen Job gesucht haben oder wenn sie angeben, dass sie arbeitslos sind, einen Job haben wollen, aber innerhalb der letzten sieben Tage nicht aktiv einen Job gesucht haben. Andere Nichterwerbstätige werden nicht zu den Arbeitslosen gezählt.
2. Teilzeit-Beschäftigte: Eine Person wird als Teilzeit-Beschäftigte angesehen, wenn sie einen Arbeitsplatz mit 20 oder weniger Arbeitsstunden die Woche besitzt – also maximal eine halbe Stelle. Leider gibt es keine Information darüber, ob die Person in dieser Situation eigentlich lieber einen Vollzeitberuf hätte, oder ob sie sich willentlich dazu entschlossen haben. Es werden also auch Personen zu Outsider gezählt, die zufrieden damit sind, nur einen Teilzeitjob zu haben.
3. Befristet Beschäftigte: Leider wird im ESS nicht zwischen Personen unterschieden, die aktuell eine befristete Stelle haben und denen, die nur in der Vergangenheit in einem solchen Arbeitsverhältnis angestellt waren. Dies führt zu systematischen Verzerrungen. Diese Gruppe wird im Rahmen dieser Arbeit daher nicht untersucht.

## 8.2 Auswertung

In diesem Unterkapitel werden die zwei Statusgruppen einzeln untersucht. Dies soll verhindern, dass sich mögliche gegenläufige Effekte in Bezug auf die beiden Untersuchungsgruppen gegenseitig verdecken.

### 8.2.1 Arbeitslose

Zuerst wird das Wahlverhalten der Arbeitslosen untersucht. Entsprechend der Hypothesen O1 und O2 wird untersucht, ob die Arbeitslosen bei späteren Bundestagswahlen mit signifikant

geringerer Wahrscheinlichkeit die SPD wählen und ob der Rückgang der Wahlwahrscheinlichkeit stärker als bei den Insidern war. Hierfür wird die Abbildung 5 herangezogen. Das obere Diagramm vergleicht hierbei die individuelle Wahlwahrscheinlichkeit eines Arbeitslosen mit der Vergleichsgruppe. Das untere Diagramm vergleicht dagegen die Arbeitslosen den Insidern, also Vollzeitbeschäftigten.

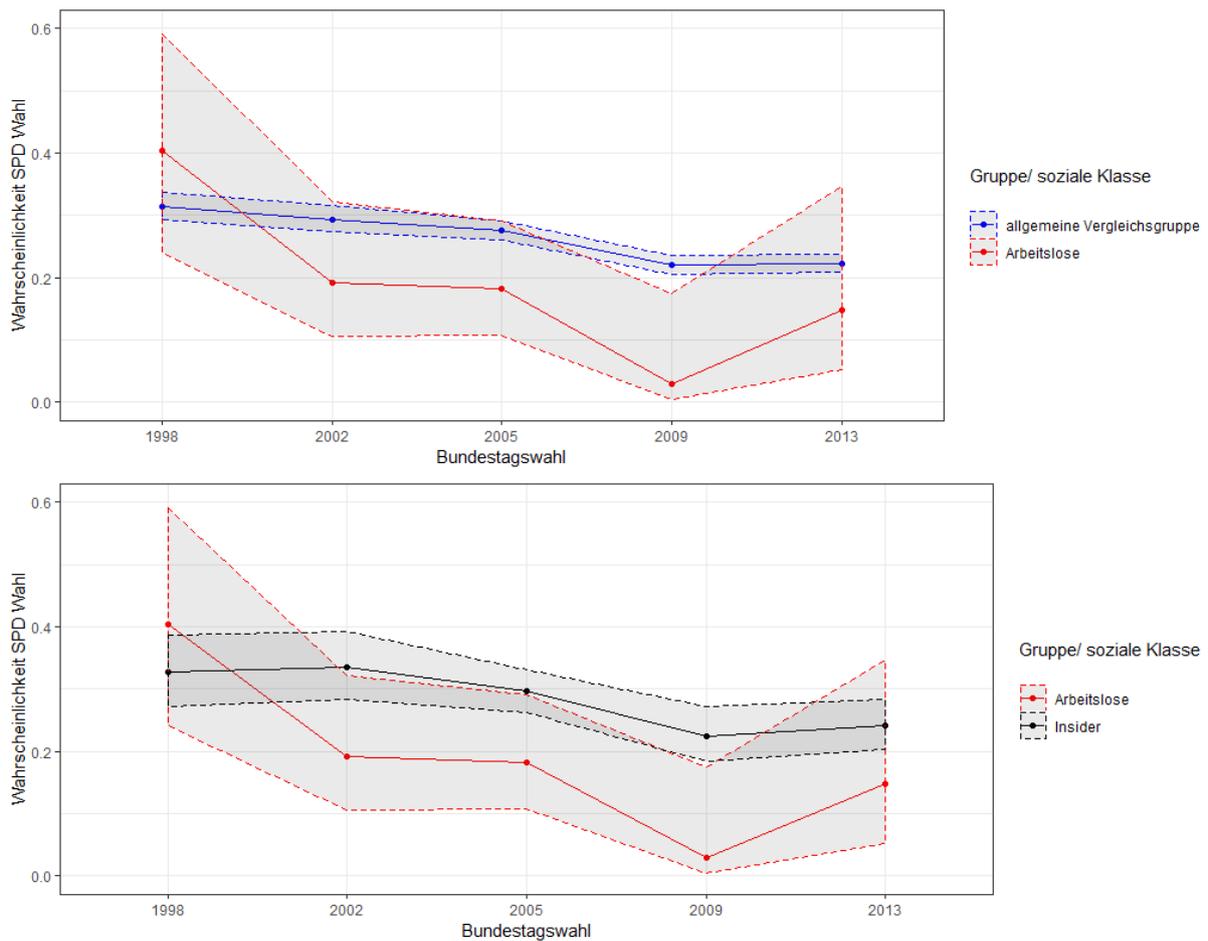
Hier muss zuerst darauf hingewiesen werden, dass im Vergleich zu den vorherigen Diagrammen der y-Achsenabschnitt verändert wurde und er nun einen Bereich von 0 bis 60 Prozentpunkten abdeckt. Ebenso fallen die großen Konfidenzintervalle auf, welche die Aussagekraft der Untersuchung schmälern. Trotz dieser Einschränkungen kann festgehalten werden, dass sich das Wahlverhalten im Laufe der Zeit signifikant verändert hat. Arbeitslose wählen im Jahr 2009 mit signifikant niedriger Wahrscheinlichkeit die SPD als im Jahr 1998; sie wählen im Jahr 2009 offensichtlich andere Parteien oder nehmen gar nicht an der Wahl teil. Dies deckt sich auch mit Untersuchungen, die einen starken Zuwachs von Nichtwählern – insbesondere unter Arbeitslosen – bei dieser Wahl registrieren (Faas 2010). Die Hypothese O1 ist insofern bestätigt.

Ebenso ist auffällig, dass sich das Wahlverhalten von Insidern bzw. der allgemeinen Vergleichsgruppe und das der Arbeitslosen im Jahr 2009 signifikant voneinander unterscheiden. Tatsächlich ist dies der einzige Fall in dieser Arbeit bei dem die Untersuchungsgruppe mit signifikant geringerer Wahrscheinlichkeit die SPD wählt als die Vergleichsgruppe. Dies legt dar, wie gering die Zustimmung der Arbeitslosen zu der SPD ist und zeigt, dass die SPD zumindest in diesem Wahljahr nicht als die „Partei des kleinen Mannes“ bezeichnet werden kann. Stattdessen findet sich der von der Insider-Outsider-Theorie erwartete Unterschied im Wahlverhalten. Ein Vergleich mit der allgemeinen Vergleichsgruppe zeigt denselben signifikanten Unterschied. Die Hypothese O2 dagegen widersetzt sich einer Prüfung. Zu groß sind die Unsicherheiten der empirischen Untersuchung, als dass sinnvoll geprüft werden könnte, welcher Einflussfaktor größer ist. Der Trend der Erwartungswerte legt zwar nahe, dass die Hypothese O2 bestätigt ist. Diese Vermutung kann aber unter Einbeziehung des Signifikanzniveaus von 5%<sup>10</sup> nicht gehalten werden.

---

<sup>10</sup> Die Untersuchung wurde ebenso mit einem 10%-Signifikanzniveau unternommen, dies führt allerdings zu keinen relevanten Unterschieden bei den Ergebnissen.

Abbildung 5: Wahlverhalten von Arbeitslosen



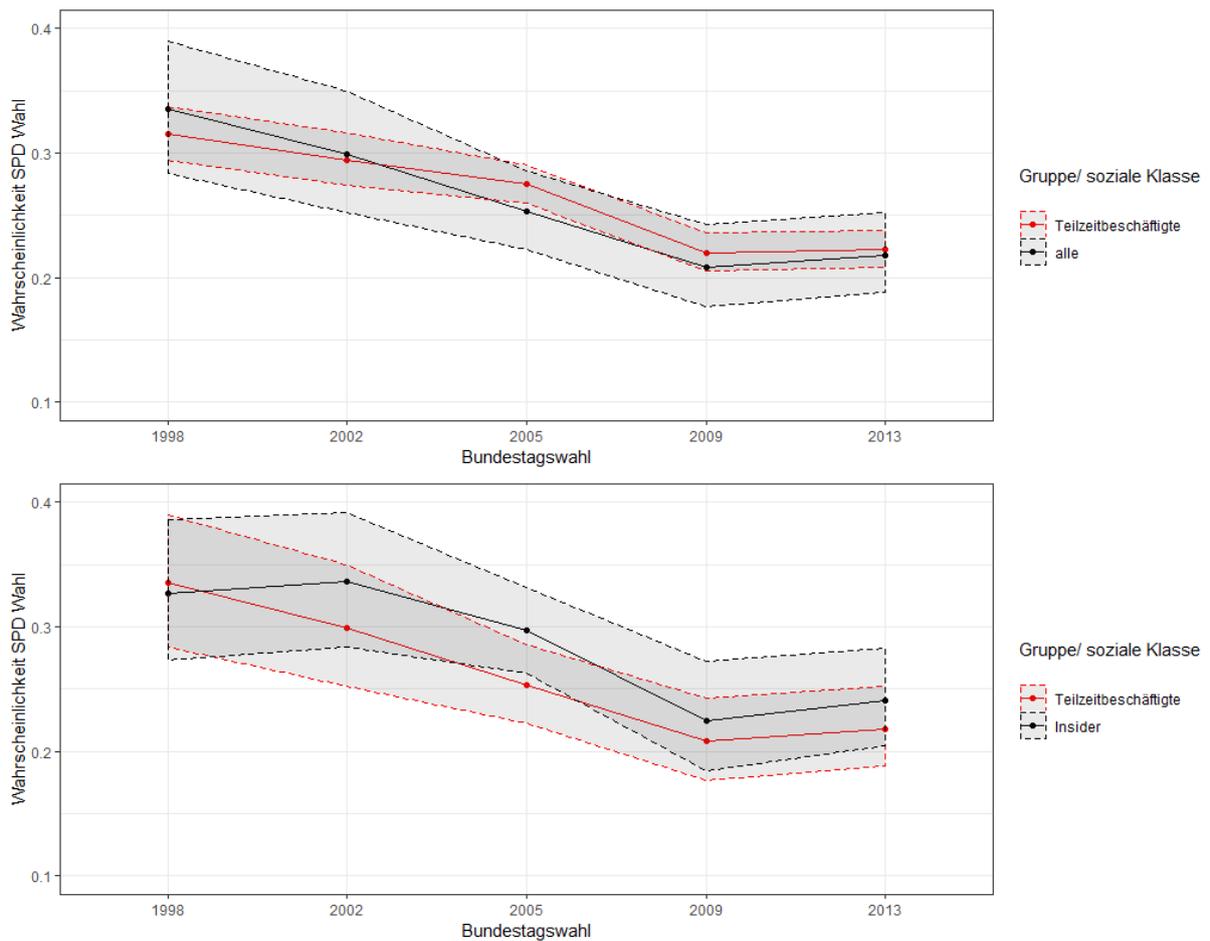
Individuelle Wahrscheinlichkeit eines männlichen, arbeitslosen Wählers die SPD zu wählen, basierend auf einem 5% Signifikanzniveau Vergleichsgruppen: allgemeine Vergleichsgruppe (oben); Insider (unten). Kontrollvariablen: Alter, Alter zum Quadrat, Bildung, links-rechts-Einschätzung, politisches Interesse, Beschäftigung. Gewichtet. Daten: ESS, Eigene Berechnung.

### 8.2.1 Teilzeit-Beschäftigte

Die letzte zu Untersuchende Gruppe in dieser Arbeit sind die Teilzeit-Beschäftigten. Nach bewährtem Muster sind die Ergebnisse in Diagramm 6 zu finden.

Auch in diesem Fall zeigt sich, dass das Wahlverhalten der Untersuchungsgruppe bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 signifikant vom Wahlverhalten im Jahr 1998 nach unten abweicht. Es ist allerdings an keiner Stelle ein signifikanter Unterschied zum Verhalten der Insider oder der Vergleichsgruppe erkennbar. Insofern kann in dieser Hinsicht die Insider-Outsider Theorie nicht bestätigt werden. Tatsächlich scheint das Verhalten dieser Gruppe recht genau dem allgemeinen Trend zu entsprechen.

Abbildung 6: Wahlverhalten von Teilzeitbeschäftigten



Individuelle Wahrscheinlichkeit eines männlichen, teilzeitbeschäftigten Wählers die SPD zu wählen, basierend auf einem 5% Signifikanzniveau Vergleichsgruppen: allgemeine Vergleichsgruppe (oben), Insider (unten). Kontrollvariablen: Alter, Alter zum Quadrat, Bildung, links-rechts-Einschätzung, politisches Interesse, Beschäftigung. Gewichtet. Daten: ESS, Eigene Berechnung.

### 8.2.2 Arbeitslose und Teilzeit-Beschäftigte im Vergleich

Im Rahmen dieser Arbeit zeigt sich abermals der Befund, dass sich das Verhalten verschiedener Outsider-Gruppen voneinander unterscheidet. Arbeitslose zeigen ein außergewöhnliches Verhalten, während sich das von Teilzeitbeschäftigten am gesellschaftlichen Durchschnitt orientiert. Abschließend soll geprüft werden, ob Outsider eine grundsätzlich geringere Tendenz zur Wahl der SPD aufweisen. Zur Prüfung dieser These wurde eine weitere logistische Regressionsanalyse vorgenommen, aber diesmal auf die Interaktionseffekte verzichtet. Die Ergebnisse sind in Tabelle 5 dargestellt.

Tabelle 5: Einfluss des Insider-Outsider Status auf die Wahrscheinlichkeit SPD zu wählen

	<i>Zu erklärende Variable:</i>
	SPD-Wahl
Alter	0.074***
Alter^2	-0.001***
Geschlecht: weiblich	0.035
Links-Rechts-Einschätzung	-0.251***
Bildung	-0.006
Politisches Interesse	-0.110***
<i>Insider/Outsider-Status (Referenz: Insider)</i>	
Teilzeitbeschäftigte	-0.136**
Arbeitslose	-0.721***
Sonstige	-0.070
<i>Bundestagswahl (Referenz BTW 1998)</i>	
BTW 2002	-0.090
BTW 2005	-0.195***
BTW 2009	-0.496***
BTW 2013	-0.482***
Constant	-1.631***
Observations	24,031
Pseudo R^2	0.06
<i>Note:</i>	* p<0.1; ** p<0.05; *** p<0.01

*Daten: ESS. Gewichtet. Eigene Berechnung*

Diese Analyse bestätigt insofern die Insider-Outsider-Theorie, dass Outsider eine geringere Tendenz zur SPD-Wahl haben. Ebenso konnte für die Arbeitslosen festgestellt werden, dass sie im Jahr 2009 nur mit außergewöhnlich geringer Wahrscheinlichkeit zur Wahl gingen und die SPD wählten. Aufgrund der großen Unsicherheit der Untersuchung kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass dies nicht auch bereits bei der Wahl 1998 der Fall war. Ziel der Untersuchung ist nicht zu zeigen, dass die Outsider eine geringere Tendenz zur Wahl der SPD haben, sondern zu zeigen, dass sich dieses Verhalten in besonderer Stärke im Untersuchungszeitraum verändert hat. Dies kann im Rahmen dieser Untersuchung nicht mit hinreichender Sicherheit geklärt werden.

In diesem Zusammenhang wäre es ebenso interessant zu prüfen, ob im Untersuchungsverlauf eine große Zahl sicherer Vollzeitstellen in befristete Arbeitsverhältnisse umgewandelt wurden.

Der Verlust der Wählerstimmen wäre dann durch die Zunahme von Outsider-Stellen zu erklären. Diese Art der Untersuchung würde aber nicht das Verhalten der sozialen Gruppen heranziehen, sondern deren Größen, und würde damit über diese Arbeit hinausgehen.

Ebenso relevant scheint aber eine weitere Begutachtung des theoretischen Frameworks. Die Tatsache, dass gerade die Arbeitslosen ein solch außergewöhnliches Verhalten zeigen, kann etwa auch durch die Retrenchment-Theorie erklärt werden. Dieser Theorie entsprechend sind Kürzungen im Wohlfahrtsstaatsbereich unwahrscheinlich, weil die ehemaligen Empfänger dieser Leistungen die jeweilige Regierung bei den nächsten Wahlen abstrafen würden, wohingegen nicht damit zu rechnen ist, dass die Profiteure dieser Reform keine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit zur Wahl der Regierungsparteien haben. Den drastisch spürbaren Nachteilen bei den Verlierern dieser Reformen stehen bei den Gewinnern nur langfristig spürbare und abstrakte Vorteile gegenüber (Pierson 1998: 551ff.). Die auffälligen Angriffe damaliger Regierungsmitglieder gerade gegenüber Arbeitslosen (dargestellt u.A. in Winkelmann 4.4.2005) können im Rahmen einer Blame-Avoidance-Strategie im Rahmen der Retrenchment-Debatte deutlich einfacher ohne die zusätzlichen Prämissen der Insider-Outsider-Theorie erklärt werden.

## 9. Abschließender Vergleich aller Gruppen

In diesem Kapitel sollen die Ergebnisse der empirischen Analysen und des geschichtlichen Überblicks zueinander in Bezug gesetzt werden. Ein regelmäßig aufgetretenes Phänomen waren die oftmals sehr großen Konfidenzintervalle, die insbesondere infolge kleiner Fallzahlen und relativ kleiner untersuchter Gruppen auftraten. Daher wird die folgende Analyse sowohl vor dem Hintergrund eines 5%- als auch eines 10%- Konfidenzintervalls durchgeführt.

Auffällig ist das relativ ähnliche Verhalten sämtlicher untersuchter Gruppen. In allen untersuchten Fällen unterscheidet sich das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2009 signifikant negativ vom Wahlverhalten im Jahr 1998. Dies zeigt, dass das verschlechterte Wahlergebnis nicht durch einen Verlust bei nur einer oder wenigen Gruppen erklärt werden kann. Dies wäre der Fall, wenn sich die SPD bewusst einer Klientel zu- und von einer anderen explizit abgewandt hätte und ansonsten eine gute Performance gezeigt hätte. Die mögliche These, die SPD hätte sich infolge widersprüchlicher Interessen der verschiedenen Wählergruppen für eine Seite entschieden und die andere Wählergruppe hätte sich infolgedessen von dieser Partei abgewandt, kann die gefundenen Ergebnisse nicht erklären.

Die Bundestagswahl 2009 fällt ebenso dadurch auf, dass das Wahlverhalten sämtlicher untersuchter Gruppen – mit Ausnahme der Arbeitslosen – bei dieser Wahl nicht signifikant von der allgemeinen Vergleichsgruppe unterscheidbar ist. Basierend auf einem 10%-Konfidenzintervall sind ansonsten für jede andere Wahl mindestens eine, oftmals sogar mehrere, soziale Gruppe zu finden, die ein signifikant nach oben abweichendes Wahlverhalten für die SPD zeigt. Die Arbeitslosen stellen die einzige abweichende Gruppe von diesem Trend dar und das Wahlverhalten der Arbeitslosen im Jahr 2009 ist das einzige, welches signifikant nach unten von der Vergleichsgruppe abweicht. Der Erwartungswert liegt bei 3 Prozentpunkten, während die untere Grenze des 5%-Konfidenzintervalls im Jahr 1998 noch bei ca. 24% lag. Dies zeigt wie stark der Verlust bei dieser Wählergruppe war und ist Ausdruck eines massiv gestörten Vertrauens dieser Gruppe in die Partei.

Dem Verhalten dieser Wählergruppe entsprechend kann festgestellt werden, dass die Wähler der SPD auch unter Beachtung des gesellschaftlichen Trends bei späteren Wahlen sich signifikant weiter rechts einschätzten als im Jahr 1998, dies ist wohl darauf zurückzuführen, dass die SPD systematisch eher linke als rechte Wähler verloren hat und entspricht der Liberalisierungstheorie. Für Wähler der Mitte konnte ein solches Verhalten nicht festgestellt werden, sie weichen nur im Jahr 2005 einmal relativ nach links von ihrem Verhalten von 1998 ab – zumindest auf einem 10%-Niveau. Die Performance-These greift tendenziell eher bei den Wahlen 2009 und 2013, daher ist dieses Phänomen für diese Untersuchung unproblematisch. Falls überhaupt eine Erklärung für dieses Verhalten nötig ist, so ist dies wohl die, dass Schröder wohl in dieser Wahl noch ein letztes Mal eine leichte Mobilisierung im linken Lager gelang. Grundlage hierfür war seine gegen die CDU gerichtete Rhetorik, der zufolge diese Partei eine Politik der sozialen Kälte verkörpere (Debus 2007: 43; Jung et al. 2010: 36). Auch für die Wähler der Mitte gilt, dass sie bei den Wahlen 2009 und 2013 mit deutlich geringerer Wahrscheinlichkeit die SPD wählten als im Jahr 1998. Im Vergleich zu der Gesamtheit der Wähler oder der SPD-Stammklientel ist allerdings in diesen Jahren kein Rechtsruck erkennbar; dies spricht dafür, dass sich die Motive der Mitte-Wähler, von denen der anderen Wählergruppen unterscheiden, wie es auch von der Theorie vorhergesagt wurde. Auffällig ist das Wählerverhalten im Jahr 2013 bei den Produktionsarbeitern, die positiv vom allgemeinen Verhalten abweichen. Es wäre zu erwarten gewesen, dass unter der Führung Steinbrücks, der als Kandidat der Mitte und mit dem Wunsch nach „Beinfreiheit“ antrat, auch eher die Wähler der Mitte anlocken würde. Diese zeigten sich innerhalb der Analyse aber unbeeindruckt. Dieses Ergebnis sowie das Wissen um das gestiegene Ergebnis der SPD bei dieser Wahl, zeigen, dass die Produktionsarbeiter als Stammwählerschaft der SPD noch immer – zumindest im kleinen

Maße – einen positiven Einfluss haben gehabt haben können, wohingegen die Wähler der Mitte sich nicht signifikant von der Gesamtheit unterscheiden.

Die Ergebnisse dieser Arbeit werden noch im Folgenden durch eine letzte Untersuchung gestützt. Hierfür wurde die durchschnittliche Abnahme der Erwartungswerte der jeweiligen Untersuchungen durch eine Ausgleichsgerade ermittelt und durch die Steigung der Vergleichsgruppe normiert. Dieser Wert gibt damit an, wie stark der Rückgang der SPD-Wahlwahrscheinlichkeit der jeweiligen Gruppe im Untersuchungszeitraum durchschnittlich war. Ein Wert kleiner eins gibt an, dass der Effekt bei der untersuchten Gruppe kleiner als bei der Vergleichsgruppe ist und ein Wert größer eins spricht für einen größeren Effekt. Je stärker der Wert von eins abweicht, desto stärker ist der gemessene Effekt. Dieses Verfahren ist leider sehr ungenau angesichts der großen Konfidenzintervalle und der geringen Zahl der Vergleichswerte. Sie dient nur zur Unterstützung der vorherigen Analyse und nicht als eigenständiges Analysetool. Tabelle 6 zeigt die Ergebnisse dieser Untersuchung.

Tabelle 6: Rückgang der SPD-Wahlwahrscheinlichkeit bei allen Untersuchungsgruppen

Untersuchungsgruppe	Effektstärke (relativ zur Vergleichsgruppe)
Allgemeine Vergleichsgruppe	1.00
Industriearbeiter	1.08
Professionals	1.47
Mitte	1.11
Arbeitslose	2.61
Teilzeitbeschäftigte	1.25

*Daten: ESS. Gewichtet. Nur Wähler der Mitte sind in dieser Untersuchung enthalten. Eigene Berechnung*

Der Rückgang der individuellen Wahlwahrscheinlichkeit ist für alle untersuchten Gruppen ähnlich. Allein die Arbeitslosen weichen von diesem Muster insofern ab, dass sie im Verlaufe der Zeit auffallend stärker von einer Wahl der SPD absehen als alle anderen untersuchten Gruppen. Dies entspricht auch den Ergebnissen der vorherigen Analysen, nach denen allein die Arbeitslosen signifikant nach unten von der Vergleichsgruppe abweichen. Ebenso bieten die Ergebnisse für die Professionals Ansatzpunkte für weitere Untersuchungen. Zuletzt kann noch festgestellt werden, dass für alle untersuchten Gruppen ein stärkerer Wert als bei der Vergleichsgruppe festgestellt wurde. Da die Untersuchungsgruppen aber jeweils Teilgruppen der Vergleichsgruppe sind, ist davon auszugehen, dass es Teilgruppen gibt, bei denen der Rückgang unterdurchschnittlich stark stattgefunden hat. Dies spricht für die Auswahl der Theorien, sie benennen Gruppen mit relativ hoher Effektstärke und Gruppen mit deutlich

geringer Effektstärke wurden nicht in die Untersuchung aufgenommen. Grundsätzlich werden die Ergebnisse der vorherigen Untersuchungen bestätigt.

## 10. Fazit

Diese Arbeit begann mit der Feststellung, dass die Krise der SPD einerseits schon so lange beschrieben wurde, dass dieser Begriff kaum noch mehr ernstzunehmend ist. Andererseits kann die aktuelle Situation ganz offensichtlich als krisenhaft beschrieben werden. Die beiden Ansichten sind wohl durch die Einsicht zu versöhnen, dass es sich bei der Krise der SPD um einen kontinuierlich stattfindenden Prozess handelt, der sich allerdings an ständig wechselnden Vergleichspunkten orientiert und zu unterschiedlichen Zeitpunkten einen unterschiedlichen Grad an Sichtbarkeit aufweist.

Spätestens in den 80er Jahren zeigte sich eine Krise der SPD dahingehend, dass sich das klassische Wählermilieu der SPD zunehmend auflöste und Wahlergebnisse von 40% oder mehr zunehmend unwahrscheinlich erschienen. Der Wunsch, wieder an alte Wahlergebnisse anschließen zu können führte schließlich zu grundsätzlichen Kurskorrekturen und zur Politik des dritten Weges. Das Prinzip des dritten Weges wurde in der Theorie als eine Möglichkeit beschrieben, klassische politische Gegensätze zu überwinden. Anthony Giddens Buchtitel „Jenseits von Links und Rechts“ ist geradezu paradigmatisch für dieses Versprechen.

Das gute Ergebnis der Bundestagswahl 1998 ist aber nicht Ergebnis einer Politik, die politische Gegensätze miteinander versöhnte, sondern eines Spagats. Oscar Lafontaine band mit dem Versprechen klassisch sozialdemokratischer Politik die traditionellen Stammwähler der SPD, wohingegen Schröders Politik der Neuen Mitte zu besseren Ergebnissen bei Wählern der Mitte führte. Das Ergebnis der Bundestagswahl 1998 muss daher als prekär angesehen werden, in Zeiten notwendiger sozialpolitischer Reformen konnten die Widersprüche zwischen diesen beiden politischen Ansätzen nicht verdeckt werden und die Agenda 2010 stellt einen Bruch sozialdemokratischer Tradition dar.

In den nachfolgenden Bundestagswahlen konnte die SPD nicht mehr an die Erfolge der Wahl von 1998 anschließen und es kam zu dramatischen Veränderungen im Wahlverhalten. Alle untersuchten sozialen Gruppen zeigen im Jahr 2009 eine signifikant geringere Neigung zur Wahl der SPD und das Verhalten der verschiedenen sozialen Gruppen glich sich zunehmend aneinander an. Im Jahr 2009 unterscheidet sich das Wahlverhalten der Stammwähler nicht mehr vom allgemeinen Wählertrend. Nur die Arbeitslosen weisen als einzige untersuchte Gruppe eine signifikant verschiedene Wahrscheinlichkeit zur Wahl der SPD auf – sie weicht nach unten

ab. Dieser Befund ist mit der Beschreibung der SPD als „Partei des kleinen Mannes“ unvereinbar.

Mit dem Wählerverlust ist auch eine politische Verschiebung der Wählerschaft einhergegangen. Die Gesamtheit der Wähler der SPD ist relativ zum gesellschaftlichen Trend nach rechts gewandert und ebenso ist bei den immer noch SPD-wählenden Produktionsarbeitern eine Rechtsverschiebung festzustellen.

Bei der Untersuchung der Outsider lässt sich ein deutlich unterschiedliches Verhalten der beiden geprüften Outsider-Gruppen nachweisen. Die Zusammenfassung von Teilzeitbeschäftigten und Arbeitslosen ist also auch im Rahmen dieser Arbeit problematisch. Dennoch scheint die Theorie insofern bestätigt, dass Outsider eine geringere Tendenz zur Wahl der SPD sowohl relativ zu den Insidern, sowie bei späteren Bundestagswahlen im Vergleich zur Bundestagswahl 1998 aufweisen.

Sowohl die Liberalisierungstheorie als auch die Mitte-Theorie sind daher bestätigt, ebenso wirkt die Insider-Outsider-Theorie zumindest in Bezug auf die Arbeitslosen auf dem ersten Blick überzeugend. Es ist davon auszugehen, dass die klassischen SPD-Wähler von der Wahl dieser Partei hauptsächlich aufgrund inhaltlicher Gesichtspunkte absehen, wohingegen die Wähler der Mitte nicht von der Performance überzeugt sind. Die Insider-Outsider-Theorie bedarf von allen Theorien noch am meisten eine weitere Überprüfung. Insbesondere der Zusammenhang zur Retrenchment-Theorie sollte dabei begutachtet werden.

In dieser Arbeit wurde das Phänomen, dass sich die Größen bestimmter sozialer Gruppen sich im Verlaufe der Zeit verändern oder sogar neue entstehen, weitgehend ausgespart. Dieser Einfluss sollte in weiteren Untersuchungen untersucht werden. Dies gilt insbesondere für die Insider-Outsider-Theorie.

Hoffnung für die SPD macht, dass auch im Jahr 2013 trotz eines schwierigen Wahlkampfes unter Peer Steinbrück im Vergleich zum Jahr 2009 verbesserte Wahlergebnisse zu messen sind. Hierbei ist im Gegensatz zum Jahr 2009 sichtbar, dass die klassischen Stammwähler der SPD überdurchschnittlich oft die SPD gewählt haben und dementsprechend noch immer als Stammwählerschaft bereitstehen. Dieser Effekt kann wohl auch auf die vorherige Oppositionszeit zurückgeführt werden. Möglicherweise wäre es insbesondere in Anbetracht der aktuell sehr schwierigen Situation für die SPD angebracht, sich auf diese Erfahrung zu besinnen und wieder die klassischen Stammwähler und Wählerschaften mit ähnlichen Interessen in den Fokus zu nehmen.

## 11. Literatur

- Aurich, Patrizia. 2011. Aktivierungsreformen und die gesellschaftliche Mitte: Einstellungen im europäischen Vergleich. *Sozialer Fortschritt* 60 (12), 295–302.
- Bach, Stefan und Niklas Isaak. 2017. Senkung der Mehrwertsteuer entlastet untere und mittlere Einkommen am stärksten. *DIW Wochenbericht* 90 (31), 627–635.
- Bäcker, Gerhard et al. 2010. *Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland: Band 2: Gesundheit, Familie und Soziale Dienste*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Blancke, Susanne und Josef Schmid. 2003. Bilanz der Bundesregierung Schröder in der Arbeitsmarktpolitik 1998 - 2002: Ansätze zu einer doppelten Wende. In *Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998-2002*, Hrsg. Christoph Egle, Tobias Ostheim und Reimut Zohlnhöfer, 215–238. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Brenke, Karl und Alexander S. Kritikos. 2017. Wählerstruktur im Wandel. *DIW Wochenbericht* (27), 595–606.
- Broschek, Jörg und Rainer-Olaf Schultze. 2006. Wahlverhalten: Wer wählt wen? In *Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung*, Hrsg. Beate Hoecker, 23–54. Opladen: Budrich.
- Bundeswahlleiter. Bundestagswahl 1998: Wahl zum 14. Deutschen Bundestag am 27. September 1998. <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/1998.html>. Zugegriffen: 08. August 2019.
- Bundeswahlleiter. Bundestagswahl 2017: Endgültiges Ergebnis. [https://www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2017/34\\_17\\_endgueltiges\\_ergebnis.html](https://www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2017/34_17_endgueltiges_ergebnis.html). Zugegriffen: 12. August 2019.
- Bundeswahlleiter. 12.08.2019. *Wahl zum 14. Deutschen Bundestag am 27. September 1998*.
- Burzan, Nicole, Silke Kohrs und Ivonne Küsters. 2014. *Die Mitte der Gesellschaft: Sicherer als erwartet?* Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Butterwegge, Christoph. 2000. Sozialreform oder Sozialdesaster?: Eine kritische Zwischenbilanz rot-grüner Politik. *Gewerkschaftliche Monatshefte* 51 (10), 537–544.
- Butterwegge, Christoph. 2002. Eine kritische Bilanz der rot-grünen Sozialpolitik. In *"Deutschland auf den Weg gebracht". Rot-grüne Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit*, Hrsg. Kai Eicker-Wolf, 313–342. Marburg: Metropolis-Verlag.

- Butterwegge, Christoph. 2018. *Krise und Zukunft des Sozialstaates*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Camerra-Rowe, Pamela. 2004. Redefining German Social Democracy. *German Politics & Society* 22 (1), 1–30.
- Dallinger, Ursula. 2016. *Sozialpolitik im internationalen Vergleich*. Konstanz: utb.
- Debus, Marc. 2007. Die programmatische Entwicklung der deutschen Parteien auf Bundes- und Landesebene zwischen den Bundestagswahlen 1998 und 2005. In *Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse*, Hrsg. Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer und Bernhard Weßels. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.
- Decker, Frank. 2013. Das Parteiensystem vor und nach der Bundestagswahl 2013. *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften (ZSE)* 11 (11), 323–342.
- Deutscher Bundestag. Bundestagswahlergebnisse seit 1949 - Zweitstimmen.  
[https://www.bundestag.de/parlament/wahlen/ergebnisse\\_seit1949-244692](https://www.bundestag.de/parlament/wahlen/ergebnisse_seit1949-244692). Zugegriffen: 21. August 2019.
- Dillmann, Renate und Arian Schiffer-Nasserie. 2018. *Der soziale Staat: Über nützliche Armut und ihre Verwaltung: ökonomische Grundlagen, politische Maßnahmen, historische Etappen*. Hamburg: VSA Verlag.
- Dorn, Florian, Stefanie Gäbler, Björn Kauder, Manuela Krause, Luisa Lorenz, Niklas Potrafke und Alexander van Roessel. 2017. Demokratische Vielfalt in Deutschland - unterscheiden sich die Parteien noch?: Florian Dorn, Stefanie Gäbler, Björn Kauder, Manuela Krause, Luisa Lorenz, Niklas Potrafke und Alexander van Roessel\*. *ifo Schnelldienst* 70 (20), 28–35.
- Egle, Christoph. 2009. No Escape from the Long-term Crisis?: The Social Democrats' Failure to Devise a Promising Political Strategy. *German Politics & Society* 27 (2), 9–27.
- Elsässer, Lea. 2018. *Wessen Stimme zählt?* Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Emmenegger, Patrick. 2009. Barriers to entry: insider/outsider politics and the political determinants of job security regulations. *Journal of European Social Policy* 19 (2), 131–146.
- Esping-Andersen, Gosta. 1990. *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Hoboken: Wiley.
- European Social Survey ERIC. *European Social Survey (ESS), Cumulative Data Wizard*: NSD - Norwegian Centre for Research Data.
- Faas, Thorsten. 2010. Das fast vergessene Phänomen: Hintergründe der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009. In *Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-,*

- Kommunikations- und Regierungsforschung*, Hrsg. Karl-Rudolf Korte, 69–88. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Forschungsgruppe Wahlen. 2013. Entpolitisierung statt Mobilisierung: Die Bundestagswahl vom 27. September 2009. In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009*, Hrsg. Bernhard Weßels, Harald Schoen und Oscar W. Gabriel, 30–62. Wiesbaden: Springer.
- Forschungsgruppe Wahlen. 2019. Politbarometer Juli 2019: Verhaltene Unterstützung für von der Leyen als EU-Kommissionspräsidentin – Deutliche Mehrheit für teurere Flugtickets. [https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer\\_2019/Juli\\_2019/](https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2019/Juli_2019/). Zugegriffen: 26. Juli 2019.
- Fukuyama, Francis. 1992. *The End of History and the Last Man*. New York, NY: Free Press.
- Gall, Lothar. 1992. Brauchen wir eine Mitte? *Leviathan* 20 (3), 307–318.
- GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. *Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2014*: GESIS Data Archive.
- Giddens, Anthony. 1994. *Beyond Left and Right.: The Future of Radical Politics*. Stanford, Calif: Stanford University Press.
- Giddens, Anthony. 1999/2000. *Der dritte Weg: Die Erneuerung der sozialen Demokratie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Grunden, Timo, Maximilian Janetzki und Julian Salandi. 2017. *Die SPD: Anamnese einer Partei*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- Häusermann, Silja. 2010. *The Politics of Welfare State Reform in Continental Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Heise, Arne. 2003. *Das Ende der Sozialdemokratie?: Konstruktiv-kritische Anmerkungen zu einer dramatischen Entwicklung*. Hamburg.
- Hilmer, Richard. 2003. Bundestagswahl 2002: Eine zweite Chance für Rot-Grün. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 34 (1), 187–219.
- Hilmer, Richard. 2010. Bundestagswahl 2009: Ein Wechsel auf Raten. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 41 (1), 147–180.
- Hilmer, Richard und Stefan Merz. 2014. Die Bundestagswahl vom 22. September 2013: Merkels Meisterstück. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 45 (1), 175–206.
- Iversen, Torben und Anne Wren. 1998. Equality, Employment, and Budgetary Restraint: The Trilemma of the Service Economy. *World Politics* 50 (4), 507–546.
- Jenson, Jane. 2013. A New Politics for the Social Investment Perspective: Objectives, Instruments, and Areas of Intervention in Welfare Regimes. In *The Politics of the New*

- Welfare State*, Hrsg. Giuliano Bonoli und David Natali, 21–44. Oxford: Oxford University Press.
- Jesse, Eckhard. 2003a. Einleitung. In *Bilanz der Bundestagswahl 2002. Voraussetzungen · Ergebnisse · Folgen*, Hrsg. Eckhard Jesse, 9–14. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jesse, Eckhard. 2003b. Zwei Parteiensysteme?: Parteien und Parteiensystem in den alten und neuen Ländern vor und nach der Bundestagswahl 2002. In *Bilanz der Bundestagswahl 2002. Voraussetzungen · Ergebnisse · Folgen*, Hrsg. Eckhard Jesse, 16–36. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jung, Matthias. 2009. Merkels riskante Operation: Die Öffnung der CDU Richtung SPD hätte leicht schief gehen können. *Cicero* (11), 68.
- Jung, Matthias, Yvonne Schroth und Andrea Wolf. 2010. Wählerverhalten und Wahlergebnis: Regierungswechsel ohne Wechselstimmung. In *Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*, Hrsg. Karl-Rudolf Korte, 35–47. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kersting, Norbert. 2004. Nichtwähler: Diagnose und Therapieversuche. *Zeitschrift für Politik* 14 (2), 403–427.
- Kirchheimer, Otto. 1965. Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems. *Politische Vierteljahrsschrift* 6 (1), 24–41.
- Klein, Markus und Ulrich Rosar. 2016. Problem-Peer und die (Über-)Mutter der Nation: Kanzlerkandidaten und Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2013. In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013*, Hrsg. Harald Schoen und Bernhard Weßels, 91–110. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Kohler, Ulrich. 2006. Die soziale Ungleichheit der Wahlabstinenz in Europa. In *Europas Osterweiterung. Das Ende der Vertiefung?* Hrsg. Jens Alber und Wolfgang Merkel, 159–179. Berlin: Editon Sigma.
- Korte, Karl-Rudolf. 2005. Was entschied die Bundestagswahl 2005. *Aus Politik und Zeitgeschichte* (51-52), 12–18.
- Krüger, Peter. 2007. Bürger, Citoyen, Bourgeois, Neue Mitte - Von der Bürgergesellschaft zur Zivilgesellschaft?: Definitionen und Transformationen eines politischen Begriffs nach 1945. *Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte* 59 (3), 226–242.
- Lenk, Kurt. 2014. Vom Mythos der politischen Mitte. In *Kritik und Leidenschaft. Vom Umgang mit politischen Ideen*, Hrsg. Henrique Ricardo Otten. Bielefeld: transcript Verlag.

- Lösche, Peter. 2004. Zustand und Perspektiven der SPD. In *Das deutsche Parteiensystem. Perspektiven für das 21. Jahrhundert*, Hrsg. Hans Zehetmair, 104–117. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lösche, Peter. 2010. Ende der Volksparteien. *Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid, Politische Soziologie* (1), 9–16. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-206074>.
- Luxemburg, Rosa. 1915. Die Krise der Sozialdemokratie. <http://www.mlwerke.de/lu/luf.htm>. Zugegriffen: 12. August 2019.
- Manow, Philip und Eric Seils. 2000. Adjusting Badly the German Welfare State, Structural Change, and the Open Economy. In *Welfare and Work in the Open Economy Volume II: Diverse Responses to Common Challenges in Twelve Countries*, Hrsg. Fritz W. Scharpf und Vivien A. Schmidt, 264–307: Oxford University Press.
- Marg, Stine. 2014. *Mitte in Deutschland: Zur Vermessung eines politischen Ortes*: transcript Verlag.
- Marx, Paul. 2014. Labour market risks and political preferences: The case of temporary employment. *European Journal of Political Research* 53 (1), 136–159.
- Marx, Paul. 2016. The insider-outsider divide and economic voting: Testing a new theory with German electoral data. *Socio-Economic Review* 14 (1), 97–118.
- Merkel, Wolfgang. 1990. Niedergang der Sozialdemokratie?: Sozialdemokratische und sozialistische Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich. *Leviathan* 18 (1), 106–133.
- Merkel, Wolfgang. 2014. Is capitalism compatible with democracy? *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 8 (2), 109–128.
- Merz, Stefan und Jürgen Hofrichter. 2013. Wähler auf der Flucht: Die Wählerwanderung zur Bundestagswahl 2009. In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009*, Hrsg. Bernhard Weßels, Harald Schoen und Oscar W. Gabriel, 97–117. Wiesbaden: Springer.
- Meyer, Thomas. 2004. Die Agenda 2010 und die soziale Gerechtigkeit. *Politische Vierteljahrsschrift* 45 (2), 181–190.
- Münkler, Herfried. 2018. Die Entstehung der Mitte: Ein Paradigma in Politik und Gesellschaft. In *Die Mitte als Kampfzone. Wertorientierungen und Abgrenzungspraktiken der Mittelschichten*, Hrsg. Nadine M. Schöneck und Sabine Ritter, 29–38. Bielefeld: Transcript Verlag.

- Nachtwey, Oliver. 2019. System ohne Stabilität: Der Niedergang der Volksparteien. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 64 (2), 95–102.
- Niedermayer, Oskar. 2003. Wandel durch Flut und Irak-Krieg?: Wahlkampfverlauf und Wahlkampfstrategien der Parteien. In *Bilanz der Bundestagswahl 2002. Voraussetzungen · Ergebnisse · Folgen*, Hrsg. Eckhard Jesse, 37–70. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Niehues, Judith. 2018. Deutschlands Mittelschicht in Abstiegsangst?: Eine Betrachtung aus ökonomischer Perspektive. In *Die Mitte als Kampfzone. Wertorientierungen und Abgrenzungspraktiken der Mittelschichten*, Hrsg. Nadine M. Schöneck und Sabine Ritter, 53–68. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Nullmeier, Frank. 2001. Sozialpolitik als marktregulative Politik. *Zeitschrift für Sozialreform* 47 (6), 645–667.
- Oesch, Daniel. 2006. Coming to Grips with a Changing Class Structure. *International Sociology* 21 (2), 263–288.
- Oesch, Daniel und Line Rennwald. 2018. Electoral competition in Europe's new tripolar political space: Class voting for the left, centre-right and radical right. *European Journal of Political Research* 57 (4), 783–807.
- Oesch, Daniel und Tawfik Amal. 2015. *Script to construct an indicator of social class in the ESS*.
- Offermann, Volker. 1999. Die "Neue Mitte" und der Wohlfahrtsstaat. *Sozialer Fortschritt* 48 (11), 275–280.
- Palier, Bruno und Kathleen Thelen. 2012. Dualization and Institutional Complementarities: Industrial Relations, Labor Market, and Welfare State Changes in France and Germany. In *The Age of Dualization. The Changing Face of Inequality in Deindustrializing Societies*, Hrsg. Patrick Emmenegger, Bruno Palier und Silja Häusermann, 201–225. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Paterson, William E. und James Sloam. 2009. The SPD and the Debacle of the 2009 German Federal Election: An Opportunity for Renewal. *German Politics & Society* 28 (3), 65–81.
- Pautz, Hartwig. 2009. The modernisation of German social democracy: towards a third way and back? In *In Search of Social Democracy. Responses to crisis and modernisation*, Hrsg. Ben Jackson, John T. Callaghan, Martin McIvor und Nina Fishman. Manchester, New York: Manchester University Press.
- Pierson, Paul. 1998. Irresistible forces, immovable objects: post-industrial welfare states confront permanent austerity. *Journal of European Public Policy* 5 (4), 539–560.

- Pierson, Paul. 2014. The New Politics of the Welfare State. In *The welfare state reader*, Hrsg. Christopher Pierson, Francis G. Castles und Ingela K. Naumann. Cambridge: Polity Press.
- Popper, Karl R. 2002. *Logik der Forschung*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Reinhardt, Max. 2011. *Aufstieg und Krise der SPD: Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- Rovny, Allison E. und Jan Rovny. 2017. Outsiders at the Ballot Box: Operationalizations and Political Consequences of the Insider–Outsider Dualism. *Socio-Economic Review* 41, mww039.
- Rueda, David. 2005. Insider–Outsider Politics in Industrialized Democracies: The Challenge to Social Democratic Parties. *American Political Science Review* 99 (01).
- Saalfeld, Thomas. 2007. *Parteien und Wahlen*. Baden-Baden: Nomos.
- Schäfer, Armin. 2007. Die Reform des Sozialstaats und das deutsche Parteiensystem: Abschied von den Volksparteien. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 38 (3), 648–666.
- Schäfer, Armin. 2015. *Der Verlust politischer Gleichheit: Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Scharpf, Fritz W. 2000. The viability of advanced welfare states in the international economy: vulnerabilities and options. *Journal of European Public Policy* 7 (2), 190–228.
- Schmidt, Manfred G. 2003. Rot-grüne Sozialpolitik (1998-2002). In *Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998-2002*, Hrsg. Christoph Egle, Tobias Ostheim und Reimut Zohlnhöfer, 239–258. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schoen, Harald und Jürgen W. Falter. 2005. Die Linkspartei und ihre Wähler. *Aus Politik und Zeitgeschichte* (51-52), 33–40.
- Schoen, Harald und Bernhard Weßels. 2016. Die Bundestagswahl 2013: Eine Zäsur im Wahlverhalten und Parteiensystem? In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013*, Hrsg. Harald Schoen und Bernhard Weßels, 3–20. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Schöneck, Nadine M. und Sabine Ritter. 2018. Zur Einleitung: Die gesellschaftliche Mitte als Kampfzone - Perspektiven und Fragestellungen. In *Die Mitte als Kampfzone. Wertorientierungen und Abgrenzungspraktiken der Mittelschichten*, Hrsg. Nadine M. Schöneck und Sabine Ritter, 11–28. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Schröder, Gerhard. 14.03.2003. *Mut zum Frieden, Mut zur Veränderung*.
- Schröder, Gerhard und Tony Blair. 1999. Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten: Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair. <https://www.kuwi.europa->

- uni.de/de/lehrstuhl/vs/politik3/Lehre\_WS\_11\_12/Schroeder\_Blair.pdf. Zugegriffen: 24. Juli 2019.
- Schwander, Hanna. 2019. Labor Market Dualization and Insider–Outsider Divides: Why This New Conflict Matters. *Political Studies Review* 17 (1), 14–29.
- Schwander, Hanna und Silja Häusermann. 2013. Who is in and who is out? A Risk-based Conceptualization of Insiders and Outsiders. *Journal of European Social Policy* 23 (3), 248–269.
- Seeleib-Kaiser, Martin. 2002. Neubeginn oder Ende der Sozialdemokratie?: Eine Untersuchung zur programmatischen Reform sozialdemokratischer Parteien und ihrer Auswirkung auf die Parteiendifferenzthese. *Politische Vierteljahrsschrift* 43 (3), 478–496.
- Seils, Christoph. 03.06.2013. Warum die CDU der SPD die Themen klaut. *Cicero*, 03. Juni 2013.
- Starke, Peter. 2006. The Politics of Welfare State Retrenchment: A Literature Review. *Social Policy & Administration* 40 (1), 104–120.
- Stoy, Volquart und Josef Schmid. 2011. Der Aufstieg der Linkspartei - oder was passiert, wenn Loyalität schwindet. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 42 (2), 346–364.
- Treibel, Jan. 2010. Was stand zur Wahl 2009?: Grundsatzprogramme, Wahlprogramme und der Koalitionsvertrag im Vergleich. In *Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*, Hrsg. Karl-Rudolf Korte, 89–116. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wagschal, Uwe und Pascal König. 2014. Alle gleich?: Analyse der programmatischen Parteienunterschiede bei Bundestagswahlen auf der Basis des Wahl-O-Mats. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 45 (4), 865–884.
- Walter, Franz und Matthias Micus. 2011. Wieder zurück?: Die SPD als Volkspartei. *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften (ZSE)* 9 (3), 383–409.
- Wenzel, Eva und Hans Rattinger. 2004. Nichtwähler und Protestwähler: Eine strategische Größe des Parteiensystems. In *Das deutsche Parteiensystem. Perspektiven für das 21. Jahrhundert*, Hrsg. Hans Zehetmair. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Weßels, Bernhard. 2007. Re-Mobilisierung, "Floating" oder Abwanderung? Wechselwähler 2002 und 2005 im Vergleich. In *Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse*, Hrsg. Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer und Bernhard Weßels, 395–420. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.

- Weßels, Bernhard, Harald Schoen und Oscar W. Gabriel. 2013. Die Bundestagswahl 2009: Rückschau und Vorschau. In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009*, Hrsg. Bernhard Weßels, Harald Schoen und Oscar W. Gabriel, 13–29. Wiesbaden: Springer.
- Wiesendahl, Elmar. 2011. *Volksparteien: Aufstieg, Krise, Zukunft*. Opladen: Budrich.
- Winkelmann, Ulrike. 4.4.2005. Clement beschimpft Arbeitslose. *TAZ*, 04. April 2005, 9.
- ZDF Heute Journal. 05.11.2018. Erfolge selbstbewusst verkaufen.  
<https://www.zdf.de/nachrichten/heute-journal/videos/maas-erfolge-selbstbewusst-verkaufen-100.html>. Zugegriffen: 25. August 2019.
- ZEIT ONLINE. 20.12.2012. Steinbrück verlangt mehr Beinfreiheit von seiner Partei, 20. Dezember 2012. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-09/steinbrueck-spd-kraft>. Zugegriffen: 24. August 2019.